



Mario Fehr bleibt Regierungsrat.



Danke für das Vertrauen.

Überparteiliches Komitee Mario Fehr wieder in den Regierungsrat, Im Walder 33, 8702 Zollikon
www.mariofehr.ch

Entkolonialisierung
Rückgabe heiliger Objekte der Haudenosaunee
S. 16 – 17

Koch-Areal
Besetzung weg, Lücke bleibt
S. 04 – 05, 12 – 13

Ursula Meiers «La ligne»
Absurd schöne Bilder für das Verlorensein
S. 19



Willi Wottreng

Höhenflug



Tanja Dorendorf

Der Dramatiker Simon Stephens («Am Strand der weiten Welt») hat sich zum Ziel gesetzt, den Faust-Stoff ins 21. Jahrhundert zu überführen. «Fortune» heisst der zentrale Hollywoodregisseur, der im Ausgang dem Satan in Frauengestalt (!) begegnet, die ihm sämtliches Wünschen während eines Zeitraumes von zwölf Jahren gegen das klitzekleine Entgelt seiner Seele offeriert. Der Rest ist bekannt, respektive in seinen groben Zügen erahnbar. Es kommt nicht gut... Die greifbaren Inhaltsangaben beim Verlag oder der Besprechung der deutschsprachigen Uraufführung lassen das Finale – Cliffhanger – aus, loben dafür die zeitgenössische Ausmalung des Wunschs, die offenbar der landläufigen Annahme einer zeitgeistigen Blauäugigkeit folgt, die ja, bei Licht betrachtet, auch nicht die gesamte Bevölkerung der Heranwachsenden ergriffen hat. Insofern wird der moralische Ansatz interessant. froh.

«Fortune», Mi, 22.2. bis Fr, 24.2., 19.30h, Theater Kanton Zürich im Theater Winterthur. Spielplan: www.tkz.ch

Lenkwaffen



Gemäss Wikipedia sind «Loitering Weapons» Lenkwaffen, die zuerst ohne bestimmtes Ziel gestartet werden und im definierten Zielraum längere Zeit kreisend warten können, bis sie die Informationen der definitiven Koordinaten erreichen müssen, um definitiv loszuschlagen. Bomben in der Warteschleife sind ein Szenario, das die Science Fiction offenbar bereits hinter sich gelassen hat und die Fantasie der Waffenfabrikation und deren Kundenschaft in Richtung fliegender Minenfelder beflügelt. Nach dem halbstündigen Dokfilm «Wie Drohnen und autonome Waffen unsere Zukunft bedrohen» von Andrea Hauner diskutiert die Filmerin das Thema eingehender mit Davide Scaramuzza, Professor für Robotics an der Uni Zürich, Marionna Schlatter, Nationalrätin Grüne und Mitglied der dortigen Sicherheitspolitischen Kommission und dem Journalisten Florian Wüstholtz mit den Fachgebieten Digitalisierung und Kriegstaktik. froh.

Film und Podium: «Krieg der Zukunft», Do, 23.2., 19.30h, Clubraum, Rote Fabrik, Zürich.

Originalton



Jean-Marc Felix

Redigiert niedergeschrieben erreichten die Protokolle von Frauen liebenden Frauen über Siebzig von Corinne Ruffli unter dem Titel «Seit dieser Nacht war ich wie verzaubert» (Verlag Hier und Jetzt) bereits die vierte Auflage seit der Erstveröffentlichung 2015. Davon inspiriert hatte die Theaterregisseurin Ruth Huber in der Zeit der Arbeitsverbote in den letzten Jahren die Idee, aus den Originaltonaufnahmen auch eine Bühnenaaption davon zu erschaffen, die jetzt ihre Uraufführung erlebt (Premiere ausverkauft). Die Originaltöne erfahren eine Ergänzung durch die Zeichnungen der Illustratorin und Trickfilmschaffenden Anja Sidler (live), und Fatima Dunn liess sich dafür gewinnen, die Musik(-spur) zu komponieren. Alles in allem klingt das nach sauberem Handwerk in liebevoller Hinwendung, widerspiegelt also exakt den Inhalt. froh.

«Die Liebe in meinem Leben», Do/Fr, 23./24.2., 20.15h, Theater im Kornhaus, Baden. Sa, 4.3., 20h, Comedyhaus, Zürich. Do, 20.4., 20h, Theater am Gleis, Winterthur.

Villa am See



Die Sozialbehörde von Richterswil hatte mit der finanziellen Zusage des Gemeinderates entschieden, die Geschichte des Waisenhauses in Richterswil (1909 – 1962) historisch aufarbeiten zu lassen. Nach der Ausstellung im Sommer 2021 im Ortsmuseum ist jetzt auch die Buchpublikation von Lisbeth Herger und Heinz Looser erschienen (vgl. Besprechung im P.S. vom 27.01.23) und wird im Beisein des ehemaligen Heimkinds Werner Jost im Schweizerischen Sozialarchiv vorgestellt. Um die 300 Mädchen und Buben wurden während eines halben Jahrhunderts abgeschottet in einer Villa am See «zur Erziehung platziert». Die meisten waren von verarmten oder überforderten Eltern getrennt worden. Abgeschieden vom Dorf wurden sie erzogen, gezüchtigt und zur Arbeit ertüchtigt. Drei Generationen von Heimeltern führten das Haus «in unbestrittener Autorität». Das Buch ist über die Gemeindeverwaltung Richterswil zu beziehen. froh.

«Fassaden und Innenwelten – Das Waisenhaus von Richterswil», Fr, 24.2., 18.30h, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich.

Urban Art



Dominik Gruss

Seit 25 Jahren steht mitten in München das auf die private Initiative des Sammlerpaars Stephanie und Christian Utz zurückgehende «Museum of Contemporary and Urban Art». Die aktuelle (bis Ende 2023), sagenhafte Übersichtschau fasst die Begriffe erfreulich breit: Von Pariser Protestplakaten des Mai 1968 sowie aus dem sowjetischen Untergrund über Shepard Fairy, Invader bis natürlich zu Banksy. Kein Wunder, kommt auch die Ausstellung «The Mystery of Banksy» von München her nach Zürich, wobei hier allein «originalgetreue Rekonstruktionen» ausgestellt werden. Was insofern vernachlässigbar ist, als auch im Pariser Louvre Kopien von griechischen Statuen stehen, die erst mehrere hundert Jahre nach dem Hellenismus gemesselt worden waren. Die Bissigkeit der Inhalte, und darum gehts dem immer noch aus der Anonymität agierenden Künstler nach wie vor, wird deswegen nicht weniger dringlich. froh.

«The Mystery of Banksy», 24.2. bis 31.5., Halle 622b, Zürich-Oerlikon.

Viel Stabilität und eine Sensation

In den Kantonen Zürich und Baselland wurde am vergangenen Sonntag gewählt. Insbesondere die Zürcher Wahlen gelten als wichtiger Stimmungstest für die nationalen Wahlen im Herbst.

Min Li Marti

Was muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist?», das fragt sich die Mitte in einem Wahlwerbespot. Verändert hat sich am vergangenen Wahlsonntag wenig, und es bleibt wohl mehr oder minder alles so wie es ist. Im Regierungsrat wurden alle Bisherigen klar im Amt bestätigt. Das beste Resultat erzielte der parteilose Mario Fehr vor den beiden SVP-Regierungsräten Natalie Rickli und Ernst Stocker. An vierter Stelle folgt der Grüne Martin Neukom. Jacqueline Fehr (SP), die vor vier Jahren das zweitbeste Resultat erzielte, musste sich dieses Mal mit Rang 5 zufriedengeben. Aber ihre Wiederwahl war trotz heraufstilisiertem «Datenskandal» un gefährdet. Schlechter erging es ihrem Widersacher: Kantonsrat Valentin Landmann (SVP) wurde abgewählt. Silvia Steiner (Mitte), die laut Wahlumfragen als abwahlgefährdet galt, konnte sich über einen sechsten Platz freuen, den sie vermutlich zu einem gewissen Grad der «Tages-Anzeiger»-Umfrage zu verdanken hat. Als letzte wurde Carmen Walker Späh (FDP) gewählt. Doch auch die letztplatzierte Carmen Walker Späh verzeichnete fast 25000 Stimmen Vorsprung auf die bestplatzierte Herausforderin Priska Seiler Graf (SP). Diese distanzierte dafür die anderen Herausforderer klar. Peter Grünenfelder (FDP) lag rund 12000 Stimmen hinter Priska Seiler Graf und holte trotz höherer Stimmbeteiligung weniger Stimmen als vor vier Jahren der glücklose Thomas Vogel. Auch Benno Scherrer (GLP) kann mit seinem Resultat nicht zufrieden sein. Mit 93603 Stimmen blieb er unter dem Resultat von Jörg Mäder, der vor vier Jahren für die GLP antrat. Anne-Claude Hensch-Frei holte 70189 Stimmen und liegt damit immerhin vor dem Parteilosen Hanspeter Amrein, dessen teurer Wahlkampf sich nicht ausgezahlt hat. Im Regierungsrat bleibt alles beim Alten, wofür die Bisherigen auch mit einem kurzen Wahlkampf und wenigen Auftritten gesorgt haben. In vier Jahren wird die Ausgangslage vermutlich spannender, da wohl einige Rücktritte zu erwarten sind.

GLP unter den Erwartungen

Auch bei den Kantonsratswahlen blieb vieles stabil, allerdings gab es doch Überraschungen. Die SVP kann sich über einen Zuwachs von 0,45 Prozent und einen Sitzgewinn

freuen. Gäbe es im Kanton Zürich keine Städte Zürich und Winterthur, wäre der Gewinn der SVP noch besser ausgefallen. In allen Landbezirken mit Ausnahme von Andelfingen legte sie nämlich teilweise kräftig zu. Das umgekehrte Bild zeigt die SP. Auch sie kann sich freuen: Sie legt 0,01 Prozent zu und gewinnt einen Sitz. Dieser Sitzgewinn ist vor allem auf die Zugewinne in den Städten Winterthur und Zürich zurückzuführen. In der Stadt Zürich gewinnt die SP vor allem im Wahlkreis 4 und 5 deutlich, ebenso gewinnt sie in den Kreisen 3 und 9, 7 und 8 und 6 und 10. Leichte Verluste gab es im Wahlkreis 1 und 2, deutlicher hingegen im Wahlkreis 11 und 12. In Winterthur gewinnt die SP 0,5 Prozent. Der einzige Landbezirk, in dem die SP zulegen konnte, ist der Bezirk Hinwil: Dort konnte die SP aber um ganze 1,15 Prozent zulegen. Der Stadteffekt spielt allerdings auch für die FDP. Die FDP legte in allen Stadtzürcher Wahlkreisen und in Winterthur zu. Zudem gewann sie in Dietikon und Dielsdorf. Das reichte allerdings nur für plus 0,19 Prozent und reichte nicht für einen Sitzgewinn. Freuen konnte sich die Mitte: Die Fusion mit der BDP hat sich für sie ausbezahlt. Sie legt 0,64 Prozent zu und konnte gar drei zusätzliche Sitze erobern.

Nicht ganz zufrieden sein kann trotz Sitzgewinn die GLP. In den Umfragen wurde sie als Wahlgewinnerin gesehen, jetzt verliert sie sogar leicht mit 0,16 Prozent. Ihr gutes Resultat von 2019 nicht bestätigen konnten die Grünen. Sie verlieren mit 1,48 Prozentpunkten am meisten Stimmen und müssen drei Sitze abgeben. Sowohl Grüne wie auch GLP müssen wohl damit kämpfen, dass das Klimathema an Aktualität verloren hat. Die Grünen konnten mit ihrem Regierungsrat Martin Neukom und dem neuen Energiegesetz sogar einen grossen inhaltlichen Erfolg vorweisen – belohnt wurde dies von den WählerInnen nicht. Auch die AL hat mit den Prämienverbilligungen im Wahlkampf ein Thema erfolgreich besetzen können, der Wahlerfolg blieb allerdings aus und die federführende Kantonsrätin Melanie Berner wurde zu allem Unglück noch abgewählt. Auch EVP und EDU standen auf der Verliererseite und mussten je einen Sitz abgeben. Die Klimaallianz bestehend aus

SP, Grünen, GLP, AL und EVP hat aber ihre Mehrheit knapp behalten können (mehr dazu auf Seite 9).

Sensation im Baselbiet

Einen Freudentag hatte die EVP hingegen im Kanton Baselland. Dort schaffte ihr Kandidat Thomi Jourdan die Sensation und den Einzug in den Regierungsrat. Verliererin ist die Nationalrätin Sandra Sollberger (SVP), deren Kandidatur von allen bürgerlichen Parteien unterstützt wurde. Für neue Kandidierende scheint sich die Strategie, sich im Wahlkampf zu verstecken, im Gegensatz zu den bisherigen RegierungsrätInnen im Kanton Zürich nicht zu bewähren. Thomi Jourdan gewann diesen Sitz auch durch einen sehr aktiven und präsenten Wahlkampf – er hatte dafür sogar seine Stelle gekündigt. Das beste Resultat erzielte Anton Lauber (Mitte), vor Isaac Reber (Grüne), Kathrin Schweizer (SP) und Monica Gschwind (FDP). Im Landrat konnte sich die GLP auf einen kräftigen Zuwachs von 3,85 Prozent und drei Sitzen freuen. Die FDP konnte trotz Zugewinn von fast einem Prozent keinen Sitz gewinnen. Die SP verliert 0,9 Prozent und 2 Sitze. Damit fällt sie hinter die SVP zurück, die ihre Sitze halten und leicht zulegen konnte. Die Grünen verlieren kräftig mit minus 2,63 Prozent, müssen aber dank Proporzglück nur zwei Sitze abgeben. Hier zeigt sich im Gegensatz zum Kanton Zürich, dass die GLP ihr Wählerpotenzial noch nicht ausgeschöpft hatte. Ein Teil der Probleme der Grünen

gelten im Kanton Baselland als hausgemacht. Diese hatten durch ungeschicktes Agieren in den Regierungsratswahlen, wo sie eine zweite Kandidatur angekündigt und dann wieder fallen gelassen hatten, für Kopfschütteln gesorgt.

Die kantonalen Wahlen in Zürich gelten im Allgemeinen als Gradmesser für die nationalen Wahlen. Das ist sicher bis zu einem gewissen Teil so.

Hier müssen sich vor allem die Grünen Gedanken machen, wie sie ihre Zugewinne von vor vier Jahren halten können. Allerdings sind die Grünen vor allem in der Romandie stark: In Genf sind am 2. April kantonale Wahlen, die allenfalls auch Hinweise für die nationalen Wahlen geben können.

Sowohl Grüne wie auch GLP müssen wohl damit kämpfen, dass das Klimathema an Aktualität verloren hat.

Das vernachlässigte Experiment

Mit dem Koch-Areal verliert Zürich eines seiner Vorzeigebispiele, wie kooperative Stadtplanung aussehen kann. Und die Art und Weise, wie mit dem Areal umgegangen wird, zeigt, wie linear Stadtplanung heute gedacht wird.



Am Mittwoch mussten die BesetzerInnen des Koch-Areals gehen. Frühmorgens brannte noch vereinzelt Licht im blauen Haus. Sergio Scagliola

Sergio Scagliola

Am Mittwochmorgen hätte das Koch-Areal geräumt werden sollen. Aber aus dem morgendlichen Nebelschleier fährt bis acht Uhr nie eine Armada in weiss-orange zur bekanntesten Besetzung Zürichs auf. Vor dem «blauen Haus», dem ehemaligen Bürogebäude mit der kleinen Holzhütte auf dem Dach, wo ein riesiges Transpi die Hauswand ziert, lachen zwei grüne Gesichter des Stadtrats an der Ecke zur Flüelastrasse den Passanten ins Gesicht: Karin Rykart und Daniel Leupi. Grün ist das neue Blau, steht auf dem Aufkleber. Der Ton ist bitterböse. Aber ist er gerecht?

Eine undankbare Aufgabe

Als linke PolitikerInnen für das Koch-Areal zuständig zu sein, ist eine undankbare Aufgabe – egal wie man die Angelegenheit angeht. Alt-Stadtrat Richard Wolff (AL) musste – obwohl er durchaus Besetzungen geräumt hat – das Dossier zum Koch-Areal auf einen kleinen Skandal für die bürgerlichen Medien hin an Stellvertreter Leupi ab-

geben, weil sein Sohn angeblich da verkehrte (mehr dazu auf S. 12-13). Nachfolgerin des Sicherheitsdepartements Karin Rykart konnte das Dossier behalten, wohl auch, weil sie mit der Räumung konsequent blieb. Es gab keinen weiteren Aufschub für die BesetzerInnen, keine Möglichkeit zur Verlängerung. Denn nun sollen 368 gemeinnützige Wohnungen entstehen. Baustart war gestern Donnerstag, am 16. Februar. Für die Bürgerlichen ist das wohl Grund zur verhaltenen Freude. Das Koch als ihr persönlicher Schandfleck des Quartiers ist zwar weg, aber deren Wunschscenario ist trotzdem nie eingetreten. Denn die FDP wollte 2017 das Koch-Areal noch an Private verschern und nur einen Bruchteil der Wohnungen gemeinnützig machen.

Die damals lancierte Initiative dazu scheiterte – aber die FDP hat mittlerweile anscheinend einen Sinneswandel durchgemacht. Der Präsident der städtischen FDP Pärparim Avdili erklärte zu Beginn der Woche gegenüber dem Zürcher Unterländer: «Nun sollen endlich günstige Wohnungen entstehen.» Plötzlich braucht es also günstigen Wohnraum. Auf Nachfrage meint Avdili, die

FDP hätte mit der Initiative 2017 bezwecken wollen, dass die Arealentwicklung rascher vorangeht: «Gut möglich, dass heute bereits Wohnungen bezugsbereit gewesen wären», so Pärparim Avdili.

Von Wert, Zweck und Gesundheit

Dass sich die Besetzung aber doch so lange halten konnte, hat neben dem ewigen Hin und Her, was da genau hin soll und wie es aussehen könnte und welchen Zweck es haben müsse, einen anderen Grund. Die BewohnerInnen haben das Areal zu einem wertvollen Kulturort gemacht. Und die Politik erkennt den Wert solcher Kulturorte auch. Die kulturelle Zwischennutzung ist im Trend. Nur ist eine Zwischennutzung nicht gleichwertig wie eine Besetzung.

Im Oktober haben fünf ForscherInnen der ETH Zürich ein Paper herausgegeben: «Urban strategies for dense and green Zurich» – am Beispiel des Koch-Areals. Sie analysieren darin kooperative Planung als einen Faktor im Erschaffen einer «urbanen Gesundheit». Wie tragen Modelle der kollektiven Koordination zu einer gesunden Städteplanung bei?

Top-Down-Politik

Für eine gesunde urbane Entwicklung habe die Schweiz eine gute Grundlage: wirtschaftlichen Wohlstand, ein stabiles politisches System, einen grundsätzlich positiven Umgang mit kultureller Vielfalt und funktionierende Kollaboration in raumplanerischen Strategien zwischen Staat und Privaten trotz gegensätzlichen Interessen. Dennoch wird im Paper erklärt: Die Schweiz hinkt hinterher, wenn es um die Verbesserung öffentlicher Partizipation und sozialer Inklusion geht – der pragmatische Ansatz und die geteilte Verantwortung über die Planung seien für diese Verbesserung nicht ausreichend.

Das Koch-Areal als Untersuchungsgegenstand der ForscherInnen zeigt dabei, wo die soziale Inklusion versagt. Denn ein entscheidender Faktor für eine gesunde, urbane Gesellschaft sei die kooperative Planung in einem Modell, das von unten nach oben strukturiert ist. Die Kritik ist, dass ein solches nicht existiert – respektive, dass solche Modelle, wie sie in Besetzungen existieren, nicht berücksichtigt werden. Kooperative Planung müsse, wenn Zürich diese als Norm sehen will, sich durch die Stärkung tatsächlicher «Bottom-Up-Approaches» weiterentwickeln mit einem Fokus auf einem breiten Einbezug der Community. Das Koch-Areal war somit ein Labor, das genau einen solchen Bottom-Up-Ansatz für sich versucht hat.

Damit zurück zum Aufkleber an der Südecke des Koch-Areals. Grün sei das neue Blau. Das Interessante ist, dass auch das ETH-Paper zum Schluss kommt, dass die soziale Exklusion angesichts des globalen Vormarschs des Neoliberalismus erwartbar ist. Heisst: Es geht um Interessensvertretung. Denn was anstelle der Besetzung gebaut wird, ist nötig. Das Problem aus Sicht der «urban health» ist nicht, dass 368 gemeinnützige Wohnungen gebaut werden, sondern wo. Der Fall Koch-Areal zeigt laut dem Paper, dass die neue Nutzung des Areals viele Elemente einer gesunden Stadt beinhaltet: ein grosser Freiraum im Innenhof und eine Aufstockung des Kontingents bezahlbarer

Soziale Exklusion ist angesichts des globalen Vormarschs des Neoliberalismus erwartbar.



Vereinzelt brechen statische Objekte die Aufbruchsstimmung. Sergio Scagliola

Wohnungen. Die Rolle des Areals als Zentrum einer grossen Subkultur werde aber vernachlässigt und die Stimmen der Bevölkerung, die immer wieder den Wert solcher Orte betonen, übertönt. Den 72,7 Prozent, die die Initiative zum Verkauf des Koch-Areals abgelehnt hatten, ging es schliesslich sicher nicht nur um die Privatisierung, sondern auch um diesen Raum, wie er bestand.

Kein Platz für Experimente?

Allerdings erschliesst sich aus dem Paper keine konkrete Idee, wie mit diesen Räumen umgegangen werden soll. Eine offizielle Zwischennutzung, egal wie sie organisiert ist, ist automatisch Top-Down. Gleichzeitig fehlt es an Arealen, die selbstorganisierten Experimenten Platz bieten – und an einer genug grossen Bewegung, die solche Räume einfordert.

Derweil sind die allermeisten Menschen, die im Koch gewohnt haben, nicht mehr da. Am Vortag der angekündigten Räumung haben einige von ihnen die momentan leerstehende Hardturmbrache besetzt, wo ab Sommer eine Unterkunft für Geflüchtete ge-

baut werden soll. Wie lange sie bleiben können, ist bislang unklar. Wie es weitergeht, ist aber keine Frage, die sich nur die BesetzerInnen stellen müssen. In den «Strategien Zürich 2035», 2016 herausgegeben vom Stadtrat, steht im Kapitel «Solidarische Gesellschaft» als strategisches Ziel: «Das städtische Handeln orientiert sich an gesellschaftlicher Vielfalt.» Darin wird erklärt, die Stadt erkenne das Potenzial der sozial vielfältigen Gesellschaft und nutze es. Zürich begegne vielfältigen Lebensentwürfen und Traditionen mit Offenheit, Respekt und Toleranz, sodass Menschen Freiräume finden, um ihr Leben nach ihren Bedürfnissen zu gestalten. Vielleicht müsste sich auch die Stadt fragen, ob sie diesem Auftrag an sich selbst nachkommt: Leidet die urbane Gesundheit, wenn solche Facetten der kollektiv-kooperativen Raumplanung, auch wenn sie selbstorganisiert ist, nicht berücksichtigt werden?

NACHTRAG: BRAND UND KRAWALLE

Nach Eskalationen zwischen BesetzerInnen und der Polizei in der Nacht zuvor hat ein Grossaufgebot der Stapo am Donnerstag frühmorgens das Koch-Areal geräumt. sca.



FORUM

Klimaschädliche Hochhäuser

Die Stadt Zürich verhält sich wie die Klima-AktivistInnen, die nach Bali flogen: Die beiden Klima-Aktivisten Luisa und Yannick hatten sich vor einigen Monaten in Stuttgart auf eine Strasse geklebt. Dabei forderten sie mit einem Plakat: «Öl sparen statt bohren.» Statt einen Gerichtstermin in Deutschland wahrzunehmen, flogen sie kürzlich nach Bali. Waren sie in Bali, um nach Öl für Autos zu bohren?

Wie die Klima-Aktivisten Luisa und Yannick verhält sich die Regierung in Zürich mit ihren neuen Hochhausrichtlinien. Mit diesen neuen Richtlinien sollen in Zürich noch mehr klimaschädliche Hochhäuser gebaut werden, obwohl sich die Stadt verpflichtet hat, bis 2040 klimaneutral zu werden. Zu erinnern ist: Hochhäuser sind im Bau, Betrieb und Unterhalt systembedingt sehr teuer und umweltbelastend. Beim Bau von Hochhäusern wird bis zu 30 Prozent mehr CO₂ produziert. Auch die Mieten in diesen Wohnsilos sind automatisch wegen der hohen Baukosten höher, 30 bis 40 Prozent, Mieten, die für arme und alte Leute, die es in Zürich auch noch viele gibt, unerschwinglich sind, auch für Flüchtlinge, die pro Tag mit 8.50 Franken auskommen müssen. Für Familien mit Kindern sind Hochhäuser sowieso nicht geeignet.

Heinrich Frei, Zürich

PSSST...

Stern am SVP-Himmel

SVP-Gemeinderätin Susanne Brunner, bekannt als Mitinitiantin der Initiative

«Tschüss Genderstern!», fand anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 11. Mai 2022 klare Worte: Es ging um die Einführung eines sogenannten Genderwatch-Protokolls, also darum, das Verhältnis der Geschlechter bezüglich Wortmeldungen und Redezeit im Gemeinderat zu protokollieren. Die SVP war dagegen, und Susanne Brunner betonte, der Frauenanteil im Parlament sei schlicht und ergreifend Ausdruck des Wählerwillens, «und das ist gut so» (siehe P.S. vom 13. Mai 2022). Die SVP unterlag, doch Susanne Brunner bekam doch noch recht, wie wir seit Sonntag wissen: Sie wurde in den Kantonsrat gewählt und verdrängt dort den Bisherigen Valentin Landmann. Der «Wählerwillen» hat die jüngere und weibliche Person dem «alten weisen Mann» vorgezogen. Aber keine Sorge: Mit dem Geschlecht hat das sicher rein gar nichts zu tun... nic.

IN KÜRZE

Willkommen Tim

Neu auf der P.S.-Redaktion seit Anfang Februar ist Tim Haag. Tim Haag sammelte bereits Erfahrungen im Journalismus mit Praktika bei der «Zürichsee-Zeitung», dem «Blick» und «20 Minuten». Jetzt beginnt er beim P.S. ein Volontariat, daneben besucht er die Journalistenschule MAZ. Herzlich willkommen. red.

Keine Sitzverschiebungen

In der Zürichseeregion brachten die Kantonsratswahlen keinerlei Sitzverschiebungen. Im Bezirk Horgen, wo alle bisherigen 15 Kantonsratsmitglieder erneut an-

traten und wiedergewählt wurden, lautet demnach die parteipolitische Zusammensetzung weiterhin: 4 SVP, je 3 FDP und SP, 2 GLP und je 1 GP, Mitte und EVP. Nach massiven Verlusten von 2019 konnte die SVP diesmal dort beim Wähleranteil um 0,65 Prozent zulegen und entgegen dem kantonalen Ergebnis auch die GLP, und zwar um 0,4 Prozent. Alle andern Parteien verloren: die GP -1,02 Prozent, die FDP -0,52, die EVP -0,4, die SP -0,37, die Mitte -0,23. Und ebenso die AL -0,42 und die EDU -0,07. Die erstmals antretende Gruppierung Aufrecht/Freie Liste kam auf 1,97 Prozent.

Ein ähnliches Bild präsentiert sich auch im Bezirk Meilen, wo die parteipolitische Zusammensetzung mit je 3 SVP- und FDP- und je 2 GLP- und SP- und einem GP- und einem Mitte-Sitz ebenfalls stabil blieb. Auch dort gewann die SVP hinzu, und zwar 1,07 Prozent. Und ebenso die GLP um 1 Prozent, welche damit die SP (-0,27) knapp als drittstärkste Kraft ablöste. Am meisten verloren die Grünen: -1,6 Prozent. Und weniger stark auch die Mitte -0,5, die AL -0,4, die EDU -0,38, die FDP -0,29 sowie die EVP -0,24. Die Gruppierung Aufrecht/Freie Liste holte 1,7 Prozent. as.

Mehr Menschen

Ende 2022 wohnten über 443 000 Menschen in der Stadt Zürich. Dies teilte Statistik Stadt Zürich am Dienstag mit. Noch nie hatte Zürich so viele EinwohnerInnen. Der bisher höchste Jahresendstand stammt aus dem Jahr 1962. Der AusländerInnenanteil beträgt 33,1 Prozent. Das starke Bevölkerungswachstum ist zu einem grossen Teil auf Zuzüge

zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent zugenommen haben. Gesunken ist dagegen die Zahl der Geburten: Es wurden vierzehn Prozent weniger Babys geboren als im Vorjahr. Der Grund wird bei der Pandemie vermutet, die entgegen ursprünglicher Spekulationen nicht zu einem Baby-Boom geführt hat. mlm.

Mehr Wohnungen

Im Jahr 2022 sind in Zürich 2566 Neubauwohnungen entstanden, das sind 637 mehr als im Jahr zuvor. Über die Hälfte wurde durch private Gesellschaften fertiggestellt, wie Statistik Stadt Zürich in einer Medienmitteilung vom Mittwoch festhielt. Es wurde deutlich mehr gebaut als in den vergangenen drei Jahren und nähert sich wieder jenem Wert der Jahre 2011 bis 2018 an, die von hoher Bautätigkeit geprägt waren. Es wird davon ausgegangen, dass die Bautätigkeit auch in den nächsten Jahren hoch bleibt, da die Zahl der abgebrochenen, neu bewilligten und sich im Bau befindenden Wohnungen ebenfalls hoch bleibt. Am meisten wird in Altstetten gebaut. Die meisten Wohnungen wurden von Privaten gebaut. Die öffentliche Hand erstellte 2022 keine Wohnungen und die Genossenschaften nur 359. Die hohe Wohnungsnachfrage und der gleichzeitige Anlagedruck institutioneller Anleger in der Tiefzinsphase bewirkten in der Stadt Zürich einen starken Anstieg der Bodenpreise, was Privatpersonen und Erbgemeinschaften Anreize bot, ihre Liegenschaften zu veräussern – zumeist an private Gesellschaften. Auch über 300 Neubauwohnun-

gen im Stockwerkeigentum führten 2022 zu keiner Zunahme des Wohneigentums. Das selbstbewohnte Wohneigentum pendelt in der Stadt Zürich um rund 19 000 Objekte. Das entsprach 2015 einem Eigentumsanteil von 8,8 Prozent, heute sind es noch 8,0 Prozent. mlm.

Frauenstreik

Am 14. Februar stellten Gewerkschaften und Aktivistinnen die neuen Forderungen für den Frauenstreik vom 14. Juni dieses Jahres vor den Medien vor. Vier Jahre nach dem grossen Streik von 2019 gäbe es praktisch keine finanziellen oder gesellschaftlichen Fortschritte. Im Gegenteil: Ihr Rentenalter wird angehoben und die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern hält sich hartnäckig. Vania Alleva, SGB-Vizepräsidentin, betont: «Statt vorwärts geht es mit der Gleichstellung neuerdings sogar wieder rückwärts: bei den Löhnen, bei den Renten und auch bei der Verteilung der Care-Arbeit. Noch immer ist das Einkommen von uns Frauen im Schnitt 43,2 Prozent tiefer als jenes der Männer. So geht das nicht!» Besonders tief ist das Einkommen von Frauen, die im Verkauf oder in anderen Dienstleistungsberufen wie der Gastronomie arbeiten. Dort haben die Frauen einen Monatslohn von weniger als 3100 Franken (Median). Ein zentraler Grund für die tiefen Einkommen ist die schlechte Entlohnung von Berufen mit hohem Frauenanteil. Kleinkinderbetreuerinnen, Verkäuferinnen oder Coiffeusen verdienen nach der Berufslehre in Vollzeit nur zwischen 3500 und 5000 Franken, deutlich weniger als in Branchen mit hohem Männeranteil. Folge die-

ser Einkommenslücke ist eine massive Frauenrentenlücke von 34,6 Prozent. Für Natascha Wey, Generalsekretärin VPOD und SGB-Vizepräsidentin, ist die Konsequenz klar: «Arbeitsbedingungen verbessern sich, wenn Gewerkschaften stark sind und wenn kollektiv mobilisiert wird. Es braucht eine bessere GAV-Abdeckung in den sogenannten Frauenbranchen und massive Lohnerhöhungen.» Das betonen auch die Betroffenen wie etwa Pharmaassistentin Pamela Silva Barrientos: «Wir müssen sehr viele Aufgaben mit hoher Konzentration erledigen. Wir müssen uns ständig weiterbilden. Und trotzdem kommen wir nicht über die Runden!» Branchen mit weiblicher Mehrheit brauchen eine Aufwertung: «Im Detailhandel sind die Löhne tief. Dabei ist die Arbeit körperlich anstrengend, man ist ständig im Kundenkontakt und es wird

viel Flexibilität verlangt. Wo bleibt da die Wertschätzung, wo bleibt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben?», fragt Kerstin Maurhofer-Späh, Verkäuferin. Wie 2019 steht der feministische Streik wieder unter dem Motto «Lohn. Zeit. Respekt.» mlm.

Stipendien

Seit 2021 ist das im Bereich Ausbildungsbeiträge revidierte Bildungsgesetz (BiG) in Kraft. Es sollte unter anderem einen breiteren Personenkreis zu einem Ausbildungsbeitrag berechtigen, Anreize für einen raschen Ausbildungsabschluss setzen und dem Zürcher Stipendienwesen administrativ schlankere Abläufe bringen. Die Bildungsdirektion kommt in einer Mitteilung zum Schluss, dass dies zum grössten Teil gelungen sei. Allerdings habe die Reform bei der administrativen Vereinfachung die Erwartungen nicht erreicht. Insbesondere die komplexen Prüfkriterien führen beim zuständigen Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) zu einem hohen Bearbeitungsaufwand und entsprechend langen Wartezeiten für die Gesuchstellenden. Die Bildungsdirektion hat daraufhin die personellen Ressourcen des AJB befristet stark ausgebaut. Dies und Prozessoptimierungen führten zu deutlich kürzeren Bearbeitungszeiten, die laufend weiter abnehmen. Die hohen Grundanforderungen der Prüfkriterien bleiben jedoch bestehen.

Um den Prüfauwand nachhaltig zu verringern und beitragsberechtigten Personen im Kanton Zürich den zeitnahen Zugang zu Stipendien sichern zu können, braucht es deshalb eine Anpassung

der rechtlichen Grundlagen. Mit der Teilrevision des Bildungsgesetzes im Bereich der Ausbildungsbeiträge sollen insbesondere die Prüfkriterien vereinfacht werden. Damit kommt die Bildungsdirektion der Kritik am Stipendienwesen entgegen. mlm.

Walkout

250 Zürcher Google-Angestellte haben am Mittwoch gemeinsam für eine Protestpause ihren Arbeitsplatz verlassen. Dies teilte die Gewerkschaft Syndicom mit. Mitte Januar hat Google angekündigt, weltweit ungefähr 12000 Angestellte zu entlassen. In den USA und in Kanada wurden die Kündigungen bereits ausgesprochen, an anderen Standorten ist es noch unklar. Mit dem Walkout protestieren die Google-Angestellten gegen die Massentlastung und zeigen ein Zeichen der Solidarität mit den Betroffenen. Die Google-Angestellten fordern vom Konzern, Alternativen zum Personalabbau eingehend und ernsthaft im Dialog mit dem Personal zu prüfen. Sind Entlassungen nicht abwendbar, so erwarten sie vom Konzern, mit einem guten Sozialplan die Folgen für die Betroffenen zu minimieren. Beispielsweise sind viele Nicht-EU-BürgerInnen angestellt, deren Aufenthaltsrecht in der Schweiz bei einer Entlassung erlischt. Syndicom unterstützt sie dabei und hat laut Mitteilung bei Google Zürich eine bedeutende Anzahl Mitglieder. mlm.

Windstrom aus Zollikon?

Auf Anfrage der kantonalen Baudirektion hat der Gemeinderat Zollikon jetzt dem

Eintrag einer Fläche im Zolliker Waldgebiet als mögliche Potenzialfläche für Windenergie grundsätzlich zugestimmt. Und zwar nachdem sich zuvor schon die Holzkorporation Zollikon damit einverstanden erklärt hatte. Dies hat der Gemeinderat jetzt in einer Medienmitteilung bekannt gegeben. Gegenüber der Baudirektion wies die Kommunalbehörde nach eigenen Angaben aber darauf hin, dass im Falle einer heute noch ungewissen weiteren Planung verschiedene Interessen gegen einander abgewogen werden müssten. Etwa bezüglich des Gewässer- und Landschaftschutzes oder im Zusammenhang mit Bauarbeiten in einer archäologischen Zone und auch bezüglich der Auswirkungen auf die betroffene Naherholungszone und den Wildbestand. Bislang hat der Kanton erst einmal Gebiete evaluiert, die gemäss einer Modellrechnung grundsätzlich genügendes Windpotenzial aufweisen. Erst in einem zweiten Schritt werden die Flächen dann auf ihre Eignung überprüft, bevor sie dann allenfalls in die Richtplanung aufgenommen werden. as.

Universitätsspital

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Kantonsrats hat das Gesetz über das Universitätsspital Zürich fertig beraten. Sie verschärft die Vorlage des Regierungsrats in Bezug auf Auslagerungen, Beteiligungen und Gesellschaftsgründungen des Universitätsspitals. Die Gesetzesänderung wurde nötig aufgrund eines Berichts der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit. Diese hat die Vorkommnisse im Jahr 2020 an vier Kliniken des Universitätsspitals Zürich

untersucht. Dabei ging es im Wesentlichen um Mängel bei den Führungs- und Organisationsstrukturen. Die FDP kritisiert den Entschluss der Kommission in einer Medienmitteilung scharf: Eine unheilige Allianz aus SVP und SP habe den Handlungsspielraum des Spitals unnötig eingeschränkt. Die Kommission stimmt der geänderten Vorlage mit 12 zu 3 Stimmen zu. Bei der Frage der Schwelle für Beteiligungen und Gesellschaftsgründungen liegen aber drei Minderheitsanträge vor. Die SP will die Schwelle für Beteiligungen und Gesellschaftsgründungen, die der Kantonsrat zu bewilligen hat, bei 3 Prozent ansetzen. Die Grünen wollen fixe Werte und die Schwelle bei 10 Mio. Franken (Genehmigung durch den Regierungsrat) bzw. 25 Mio. Franken (Genehmigung durch den Kantonsrat) festlegen. Der Grenzwert, ab dem sämtliche weiteren Beteiligungen und Gesellschaftsgründungen vom Kantonsrat zu genehmigen sind, liegt für die SP bei 6 Prozent des Eigenkapitals und für die Grünen bei 50 Mio. Franken.

Eine weitere Minderheit (FDP, GLP, Mitte und EVP) möchte bei Auslagerungen den Schwellenwert für die Genehmigung durch den Kantonsrat nicht tiefer ansetzen als bei Beteiligungen und Gesellschaftsgründungen (7 Prozent). Den Schwellenwert für die Genehmigung durch den Regierungsrat sieht sie bei 5 Prozent. Zudem spricht sich diese Minderheit gegen die Einführung eines fakultativen Referendums bei Auslagerungen aus. Sie will dem Universitätsspital mehr Handlungsspielraum geben. Die FDP lehnt aus diesen Gründen den von der Kommission beantragten Gesetzesentwurf ab. mlm.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung
Auflage: 2450 Ex.
Herausgeber: P.S. Verlag,
Hohlstrasse 216, 8004 Zürich.
Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.),
Tel. 044/241 07 60 (Politik),
Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241
07 60 (Politik/Produktion),
Thierry Frochoux (froh.),
Tel. 044/240 44 25 (Kultur/
Produktion), Tim Haag (tim.)
(Volontariat).
Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.),
Tel. 044/241 06 70, Peter
Weishaupt (pw./Korrektorat),
Hans Steiger (haste), Tobias
Gerosa (tg.), Arthur Schäppi (as.),
Hermann Koch (hk.), Matthias
Erzinger (me.), Angela Bernetta
(net.), Roxane Steiger (rst.),
Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos:

Anna Hug, Iris Wehrli,
Tel. 044/241 07 60.

anzeigen@pszeitung.ch,
aboservice@pszeitung.ch,
redaktion@pszeitung.ch,
www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999
wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.-
(GönnerInnen: ab 300.-), enthält
10 x jährlich die Musikzeitung
LOOP. Separat-Abos: 33.-
www.loopzeitung.ch



17-70m² Büro, Atelier o. ä. in EG
ZU VERMIETEN
 ab Dez 2023 in Zürich Wollishofen
www.renggergut.ch/gewerbe

Nach der Wahl ist vor der Wahl.
pszeitung.ch/inserieren

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 17. Feb., 19.00, Opernhaus

Roberto Devereux

Oper von Gaetano Donizetti

Sa 18. Feb., 19.00, Opernhaus

Angel's Atlas

Choreographien von Crystal Pite und Marco Goecke

So 19. Feb., 13.00, Opernhaus

Angel's Atlas

Choreographien von Crystal Pite und Marco Goecke

20.00, Opernhaus

Jewgeni Onegin

Oper von Pjotr Tschaikowski

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 258 77 77, schauspielhaus.ch

Sa 18. Feb., 20.00, Pfauen. **Wilhelm Tell** nach Friedrich Schiller

So 19. Feb., 16.00, Pfauen. **Wilhelm Tell** nach Friedrich Schiller

Mo 20. Feb., 20.00, Pfauen. **Ödipus Tyrann** von Sophokles

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Fr 17. - Sa 25. Feb., Mi - Sa 19.30 /

So 18.00. Vier werden Eltern

Mo 27. Feb., 19.30

Pedro Lenz & Christian Brantschen

Mi 01. - So 12. März, Mi - Sa 19.30 /

So 18.00. Michael Eisener

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 24. & Sa 25. Feb., Fr 19.30/Sa 18.30, TZ

Filmsinfonik Frank Strobel, Leitung «Nosferatu» (D 1922)

Neue Filmmusik von Christopher Young 2022 - *Uraufführung*

So 26. Feb., 11.00, GZ Seebach

Kammermusik für Kinder Blasinstrumente

MUSIK. KUNST. JOHANNESKIRCHE

044 276 20 10, www.johannes-kirche.ch

So 19. Feb., 17.00, Johanneskirche Zürich

Orgelkonzert mit Paus Goussot

Werke von Muffat, de Macque, Händel, Bach, Mendelssohn u.a.

ZÜRCHER KAMMERORCHESTER

+41 44 662 59 00, zko.ch

Di 28. Feb., 19.30, Tonhalle Zürich

CELLISSIMO - Daniel Müller-Schott

Werke von Mozart, Bloch und Haydn

JAZZ CLASSICS

044 206 34 34, ticketcorner.ch, allblues.ch

Di 28. März, 20.00, Tonhalle Zürich

Brad Mehldau piano solo



Brad Mehldau



www.URR.ch

Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!

Umzug
Transport
Einlagerung



+41 62 824 04 40

Fortschrittsallianz?



Das Ergebnis der Zürcher Wahlen ist recht klar: Die Bisherigen wurden nicht nur im Regierungsrat bestätigt. Es gibt in meinen Augen eine Gewinnerin, die Mitte und zwei Parteien mit Verlusten, die leicht

über das Zufällige hinausgehen: Die Grünen und die AL. Für die Kantonalpolitik der nächsten vier Jahre entscheidend: Die Klimaallianz, bestehend aus SP, Grünen, GLP, EVP und AL, rettete sich mit 91 Stimmen knapp ins Ziel. Da die SP-Frau Sylvie Matter im ersten Jahr der neuen Legislatur (ab Mai) Präsidentin wird und somit nur bei Stimmgleichheit stimmen darf, fehlt der Allianz zur Überwindung der Ausgabenbremse (mindestens 91 Stimmen) eine Stimme, die sie ab Mai 2024 wieder haben wird, da ab dann Jürg Sulser von der SVP den Rat leiten wird. Da es bei den relevanten Geschäften beim Klima selten um Kredite geht, spielt dies eine untergeordnete Rolle. Dass, wie es der hauptbetroffene Regierungsrat Martin Neukom, aber auch Thomas Forrer als Fraktionschef der Grünen antönten, die Vorlagen zur Verbesserung des Klimas künftig noch etwas breiter abgestützt werden müssen, trifft nur zur Hälfte zu. Die wirklich entscheidenden Vorlagen wie das Energiegesetz wurden in der letzten Legislatur bereits mit den Stimmen der Mitte und des Freisinns beschlossen. Nur darf man dabei nicht vergessen, dass die Klimaallianz diese auch im Alleingang hätte durchboxen können. Dies kann sie weiterhin und stärkt sie in Verhandlungen. Die Gefahr, dass die Allianz auseinanderbricht, betrachte ich als klein. Die Parteien der Klimaallianz haben die Verbesserung des Klimas derart in sich verankert, dass sie gar nicht anders können, ohne ihre Grundlagen infrage zu stellen. Etwas anders liegt die Frage der «Zukunfts»- oder «Fortschrittsallianz», die sie auch sein möchten.

Bevor ich mich damit befasse, zwei andere Gedanken. Ich werde hier nichts über die kommenden eidgenössischen Wahlen schreiben. Am letzten Sonntag wurden für mich die Weichen für die nächsten vier Jahre im Kanton Zürich gestellt und nicht die Hauptprobe für die Wahlen im Herbst abgehalten. Zweitens wundere ich mich über die teils sehr

komplizierten Geschichten und Deutungen («Mitleidsbonus für Silvia Steiner») für vermutlich recht einfache Vorgänge oder Personen.

Ganz banal: Es gab vor den Wahlen in einem Abstand von rund einem Monat zwei Meinungsumfragen zu den Wahlen. Die eine im Auftrag der NZZ, die andere vom «Tages-Anzeiger». Was mögliche Verluste und Gewinne der Parteien betraf, glichen sie sich, und die Wahlergebnisse liegen im angegebenen Streubereich. Auch wenn beide eher mit Verlusten der SP und der SVP und mit Gewinnen der GLP rechneten, was beides nicht eintraf. Bei den Regierungsratswahlen waren die Ergebnisse massiv anders: Die Daten und ihre Interpretation beim «Tages-Anzeiger» deuteten auf einen Zweikampf zwischen der amtierenden Bildungsdirektorin Silvia Steiner und Priska Seiler Graf von der SP hin. Die Umfrage führte dazu, dass sich der ohnehin laufende inhaltliche Angriff nicht nur der SP auf die Bildungspolitik Silvia Steiners auch medial verstärkte. Die Umfrage der NZZ ergab ein anderes Bild: An der Spitze das Trio Mario Fehr, Natalie Rickli und Ernst Stocker, dann mit Abstand Martin Neukom und eng zusammen, aber sehr deutlich vor den Neukandidierenden Jacqueline Fehr, Carmen Walker Späh und Silvia Steiner. Also genau das Resultat, das am Sonntagabend nach der Auszählung auch in den Dimensionen feststand. Mit Nachbefragungen und vielen Spekulationen versucht nun der «Tages-Anzeiger» nachzuweisen, warum der Zweikampf viel weniger knapp als angenommen ausging. Die naheliegende Frage, ob die Meinungsumfrage falsch interpretiert, respektive gewichtet wurde, stellt man sich gar nicht.

Der klar unterlegene FDP-Kandidat Peter Grünenfelder sprach vor den Wahlen von einem «Kartell der Bisherigen» und warf ihnen unter anderem vor, die Smartvote-Umfrage geschlossen nicht beantwortet zu haben, sich dem Wahlkampf zu verweigern. Damit bewies er vor allem, dass ihm die reale Politik ziemlich fremd ist. Erstens bekämpfen sich amtierende RegierungsrätInnen in Wahlkämpfen bei uns selten, da sie mit grosser Wahrscheinlichkeit wieder zusammenarbeiten müssen und das Sitzungsgeheimnis auch im Wahlkampf gelten sollte. Zudem: Wenn man wie Peter Grünenfelder die bisherigen

RegierungsrätInnen mehr oder weniger als Schlafsäcke hinstellt, muss man sich nicht wundern, dass sich die Hilfe für ihn auch von den Bürgerlichen in Grenzen hält.

Der Erfolg von Mario Fehr wird von der NZZ als Niederlage der SP taxiert, was so nicht zutrifft. Obwohl ohne sein Antreten nach dem Parteiaustritt Priska Seiler Graf wohl gewählt worden wäre. Aber ihre Niederlage besteht wenn schon darin, dass sie es nicht schaffte, Carmen Walker Späh oder Silvia Steiner zu verdrängen.

Mario Fehr wäre vor zwölf Jahren ohne SP nie Regierungsrat geworden. Dass sich RegierungsrätInnen mit den Jahren einen Namen schaffen, der sie von der Partei unabhängig macht, gehört zur Realität. Erst recht, wenn einer wie Mario Fehr einen zentralen Auftrag der Politik, die Kommunikation (dazu gehört die Teilnahme an jeder Hundsverlochete) ausgesprochen wahrnimmt und erst noch ein Regierungsrat ist, der seinen Job beherrscht.

Benno Scherrer (GLP) erfuhr die Grenzen der GLP-Mittepolitik. Ohne ganz spezielle Konstellation wird man aus der Mitte ohne die Unterstützung der linken oder rechten Hälfte kaum Regierungsrat. Für die Grünliberalen bedeutet dies, dass sie derzeit die Unterstützung von links benötigen.

Damit wäre ich bei der angestrebten Fortschrittsallianz. Und bei der Frage, ob die erweiterte oder bisherige Klimaallianz weitere dringende Probleme lösen kann: Etwa die ausser-schulische Betreuung. Diese und die Kitas fehlen erstens in vielen Gemeinden noch und sind für viele Eltern zu teuer. Die Finanzierungslücke muss nicht zwingend durch den Staat geschlossen werden, ich kann mir auch Beiträge von Arbeitgebern vorstellen. Aber sie muss geschlossen werden. Das Gesundheitswesen benötigt dringend Entlastung, und gleichzeitig sind die Krankenkassenprämien für viele zu hoch. Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen (nicht in erster Linie für die Ärmsten), aber durchaus auch an digitalen Infrastrukturen. Oder bald wieder drängender: Flüchtlinge benötigen dringend mehr Arbeitsmöglichkeiten. Bei allem und einigem mehr muss die Lösung nicht zwangsläufig mehr Staat sein. Aber es braucht Lösungen, die der Finanzierung nicht ausweichen.

Koni Loepfe

Neue Legislatur: Es gibt viel zu tun, packen wir es an!



Für Rot-Grün war der letzte Sonntag kein Erfolg. Die SP stagniert, die Grünen und die AL verlieren. Ich bin seit 2007 im Kantonsrat und wurde dank dem neuen Pukelsheimwahlsystem gewählt.

Seit 2007 hat Rot-Grün keine nennenswerte Verbesserung erreicht. Die SP verlor 2007 massiv und konnte sich seither nie mehr davon erholen und die 20 Prozent-Marke knacken. Abwechselnd erhielt sie 35 oder 36 Sitze. Das Aufkommen der GLP hält die SP am Boden. Die Grünen hatten 2015 ein Tief und 2019 ein Hoch und sind wieder wie 2007 und 2011 bei 19 Sitzen.

Die AL holte 2007 zwei Sitze, jetzt sind wir bei fünf. Es ist wichtig und gut, dass wir weiterhin eine Fraktion sind, zudem sind wir die Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil. Der Stimmenrückgang der AL seit den Gemeinderatswahlen 2022 hat sich letzten Sonntag fortgesetzt. Besonders in den Stammlanden verloren wir Stimmen. Im Kreis 4/5 ein gutes Viertel und im Kreis 6/10 gar ein Drittel. Von der erheblich höheren Stimmbeteiligung in der Stadt Zürich haben wir nicht, hingegen SP und GLP profitiert. Die höhere Stimmbeteiligung ist wohl auf den ständig höheren Bildungsgrad in der städtischen Bevölkerung (ein Drittel der

Erwerbstätigen in der Stadt Zürich besitzt einen tertiären Bildungsabschluss) und die damit verbundene Politisierung zurückzuführen. Bekanntlich haben besser Gebildete einen einfacheren Zugang zur direkten Demokratie. Zugelegt hat die AL einzig in Winterthur.

Links-Grün hat nun exakt 60 Sitze im Kantonsrat. Das genügt bei der – seltenen – vollen Präsenz, um Vorstösse dringlich zu erklären oder Parlamentarische Initiativen vorläufig zu unterstützen. Das ist für wahr nur ein minimaler Erfolg. Wenigstens konnte die Klima- und Fortschrittsallianz mit 91 Stimmen die Mehrheit sichern. Die knappe Mehrheit bedingt gute Absprachen und Einhaltung von Eckwerten in der Allianz. Jede Partei – auch die kleinen Fraktionen von EVP und AL – müssen von dieser Allianz in für sie wichtigen Fragen profitieren können. Sonst macht das Ganze keinen Sinn.

Wichtige Aufgaben gibt es genug in der kommenden Legislatur:

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit ist weiter zu fördern. Kanton und Gemeinden haben sich mindestens je zu 20 Prozent an den Kosten der ausserfamiliären und ausserschulischen Betreuung zu beteiligen. Nur so können Kinderkrippen und Horte für die Mehrheit der Bevölkerung erschwinglich werden.

Der Anteil des Kantons an der Prämienverbilligung ist so zu erhöhen, dass nicht nur

die Verbilligung, sondern auch der Kreis der Bezügerinnen und Bezüger erhöht wird.

Erklärtes Ziel der bürgerlichen Mehrheit inklusive der GLP sind Steuersenkungen und vor allem die Senkung der Unternehmenssteuern. Solange unsere sozialpolitischen Forderungen nicht erfüllt sind, sind Steuersenkungen für uns ein Tabu. Hier gilt es aufzuklären und zu mobilisieren, damit wir die nötige Referendumsabstimmung gewinnen können.

Die Axpo muss wieder in politische Hände gelegt werden, damit die Stimmberechtigten und das Parlament einen direkten Ansprechpartner haben. Mit der Erneuerung des Axpo-Vertrages haben wir hier ein Pfand in der Hand. Wieso die EKZ, welche einen Sechstel der Axpo-Aktien besitzt, den Strom auf dem freien Markt zu hohen Preisen einkaufen muss, leuchtet bis heute niemanden ein.

Der Kanton fristet in der Wohnbauförderung ein Mauerblümchendasein. Günstiger Wohnraum ist bis heute ein städtisches Thema. Wieso muss da so sein? Hier gilt es kreative Ideen zu entwickeln und den Kanton zu einer aktiveren Haltung zu zwingen.

Nur mit konkreter Politik, welche eine breite Bevölkerung erreicht, kann Rot-Grün bei den nächsten Wahlen zulegen.

Markus Bischoff, Fraktionspräsident AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

CARTOON BY ROMAN PRELICZ



Mangelhafte Aufarbeitung



Die Schweiz sei neutral und habe sich dadurch auch stets aus jeglichen geschichtlichen Verbrechen ausgeschlossen. Eine Aussage, die allzu häufig in Diskussionen über die Rolle der Schweiz im Zusammenhang mit den Gräueltaten während des Holocausts verwendet und aufgrund von fehlender Aufklärung und Ignoranz der Fakten nicht widerlegt wird. Denn natürlich scheint es simpler, die eigene Mitschuld zu bestreiten und den Fokus auf die «wahren ÜbeltäterInnen» zu legen, als sich aktiv mit der eigenen Rolle und deren Aufarbeitung auseinanderzusetzen. Doch es darf nicht sein, dass die Mitschuld und das Mitprofitieren am Holocaust in einer weiteren vergessenen Schublade der Geschichte verschwinden. Vergessen ist in Zeiten des erstarkenden Faschismus der grösste begehbare Fehler. Die Präsenz des Faschismus in der Bevölkerung und den Medien wächst. In letzteren profitiert er sogar häufig von einer unterstützenden Plattform.

Wir müssen uns die Beteiligung der Schweiz unbedingt nochmals ins Gedächtnis rufen und in Erinnerung behalten. Denn erst 1957, zwölf Jahre nach Kriegsende, startete die Schweiz einen Versuch, die eigene Rolle aufzuarbeiten, nachdem diese in den frühen Nachkriegsjahren komplett abgestritten wurde. In einem ersten Schritt geschah dies durch den sogenannten Ludwig-Bericht, der sich mit Schweizer Migrationspolitik zur

Zeit des Holocausts befassen sollte. Denn diese strenge und menschenverachtende Grenzpolitik insbesondere gegen jüdische Menschen, die beispielsweise in einem Kreisschreiben von 1942, das an alle polizeilichen Behörden verschickt wurde, propagiert wurde, resultierte in einer aktiven Zurückweisung und der bewussten Auslieferung der Menschen an die Vernichtungsmaschinerie der Nazis, obwohl zahlreiche Schutzsuchende hätten aufgenommen werden können.

Auch bei der Frage um die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Holocausts blieb die Schweiz jahrzehntelang passiv und kam erst in den 1990er-Jahren langsam dazu, den Diskurs aufzugreifen, nachdem die Schweiz im Jahre 1989 noch als einziges europäisches Land die Mobilmachung und damit auch den Kriegsausbruch von 1939 gefeiert hatte. Also, während man die Notwendigkeit in der Aufarbeitung des Holocausts nicht sah und dieses schreckliche Kapitel als vergessenes geschichtliches Ereignis einstufte, wurde sogar noch der Beginn des Krieges gefeiert. Und die Initiative für die Errichtung eines Denkmals entstand auch nicht etwa aus einem parlamentarischen Diskurs heraus, sondern von der Organisation der AuslandschweizerInnen.

Denn auch heute, fast 80 Jahre nach dem Kriegsende, sind wir mit der Aufarbeitung absolut noch nicht fortgeschritten genug, obwohl dies in den heutigen Zeiten Pflicht sein müsste. Wir dürfen unsere Geschichte, besonders im Bezug auf die verharmloste Rolle der Schweiz nicht vergessen, denn ansonsten haben wir verloren.

Daria Semenova, Vorstand Jusos Stadt Zürich

Nach der Kantonsrats- ist vor der Nationalratswahl



Die Jungen Grünen Zürich freuen sich, dass Benjamin Walder mit glänzendem Resultat am 12. Februar wieder in den Kantonsrat gewählt wurde. Wir gratulieren dem bisherigen Kantonsrat herzlich zur Wiederwahl! Leider wurde Julian Croci, der zweite bisherige Kantonsrat der Jungen Grünen Zürich, nicht erneut gewählt. Mit Julian Croci geht eine kompetente Stimme für Klimaschutz, nachhaltige Digitalisierung und Gleichstellung verloren. Wir danken Julian von ganzem Herzen für sein enormes und wichtiges Engagement und seinen tollen Einsatz für die Jungen Grünen!

Wir sind erleichtert, dass die Klimaallianz im Kantonsrat trotz der verlorenen Sitze der Grünen weiterhin eine Mehrheit bildet. Doch im Vergleich zum letzten Wahljahr 2019 waren die Klima- und Biodiversitätskrise im Wahlkampf fast kein Thema mehr und das, obwohl beide von Jahr zu Jahr gravierendere Folgen haben. Es ist unerlässlich, dass die Nationalratswahlen im Oktober wieder stärker im Zeichen der Klimapolitik stehen. Es bleibt nicht mehr viel Zeit, wenn wir die Auswirkungen der Klimakrise in Grenzen halten und die Pariser Klimaziele erreichen wollen.

Abgesehen davon sind sowohl der Frauenanteil als auch die Anzahl junger Menschen im Kantonsrat noch viel zu tief. Seit der Gründung des Kantonsrats 1803 beträgt der Männeranteil über 50 Prozent. Und nur fünf der aktuellen Kan-

tonsratsmitglieder sind unter 30 Jahre alt. Das ist besonders schade, da junge Menschen am längsten von den politischen Entscheidungen betroffen sein werden, insbesondere von den Entscheidungen in der Klimapolitik. Auch lag die Wahlbeteiligung bei den Kantonsratswahlen nur bei 34,9 Prozent, also nur wenig mehr als einem Drittel der stimmberechtigten Bevölkerung im Kanton Zürich. Für die Nationalratswahlen wird es wichtig, dass besonders junge Leute mehr für die Wahl mobilisiert werden und ihnen besser aufgezeigt wird, wie wichtig auch ihre Stimme ist.

Auch unsere anderen Möglichkeiten zur politischen Mitsprache müssen wir weiterhin gezielt einsetzen, um eine klimagerechte und soziale Zukunft für alle zu ermöglichen. Denn mit politischen Aktionen, Petitionen oder Initiativen können wir sowohl das Thema der Klimakrise wieder in den Fokus rücken als auch neue Menschen erreichen und sie dazu motivieren, sich an den Wahlen zu beteiligen oder sich sogar selbst politisch zu engagieren. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen Schweiz, die verlangt, dass die planetaren Grenzen den Rahmen für unsere Wirtschaft bilden. Im Januar wurde das Sammelziel von 135 000 Unterschriften erreicht, und am 21. Februar findet die offizielle Einreichung statt. Das Zustandekommen dieser Initiative zeigt, dass konsequenter Klimaschutz immer noch ein wichtiges Anliegen in der Bevölkerung ist. Engagieren wir uns gemeinsam in einem starken Wahlkampf, damit sich auch im Nationalrat eine Mehrheit für eine klimagerechte und soziale Zukunft einsetzt.

Linda Müller, Co-Präsidentin Junge Grüne Zürich

«Am liebsten hätte ich, wenn die Besetzung weiter bestanden hätte»

Diese Woche endete die 10-jährige Besetzung auf dem Koch-Areal. Welche Bedeutung haben selbstverwaltete Räume für Zürich und wie können Zwischennutzungen in die Bresche springen? Das Interview mit Alt-Stadtrat, Stadtforscher und ehemaligem Mitglied der ‚Bewegig‘, Richard Wolff im Gespräch mit Simon Jacoby.

Ihre Zeit im Stadtrat war geprägt von Besetzungen: Zuerst mussten Sie die Binz räumen, dann das Labitzke, und zuletzt wurden Sie aus dem Sicherheitsdepartement ins Tiefbauamt verschoben, weil Ihr Sohn offenbar auf dem Koch-Areal verkehrt ist. Haben Sie die Besetzung dennoch aktiv miterlebt?

Richard Wolff: Ja, sehr intensiv sogar, aber nur von aussen. Bei einem Teil der BesetzerInnen war ich nicht willkommen. Als Chef der Polizei sowieso nicht, aber auch als Vertreter des Gesamtstadtrates schlugen mir aus der Szene nicht nur Sympathiewellen entgegen. Das konnte ich verstehen und habe es akzeptiert. Als Vorsteher des Sicherheitsdepartements war ich jahrelang zuständig für das Areal und habe versucht, das, was in meinem Zuständigkeitsbereich lag, bestmöglich zu regeln. Auch als ich nicht mehr zuständig war, interessierte mich die Entwicklung der Besetzung und ich brachte meine Meinung in die Regierung ein. Im Zusammenhang mit der Parkgestaltung war ich dann wieder direkt involviert in das Projekt.

Nun ist das Ende nah: Was verliert Zürich mit dem Koch-Areal?

Nach der Binz-Besetzung folgte direkt jene auf dem Koch-Areal. Dass diese nun nicht nahtlos in eine weitere Grossbesetzung übergeht, ist eine Zäsur und das Ende einer 17-jährigen Phase. Für jene, die das Areal nutzten und besuchten, geht in erster Linie ein einfach zugänglicher und vielfältiger Begegnungsort verloren. Es geht aber nicht nur um die Leute, die dort gewohnt und gewirkt haben. Diese verlieren nun ihr Zuhause, ihr Atelier oder ihre Werkstatt. Für die vielen anderen Menschen, die dort ein- und ausgingen, verschwindet ein nicht-kommerzieller Treffpunkt. Zürich geht einer der lebendigsten und kreativsten Orte der Stadt verloren.

Das Koch-Areal war nicht nur Wohnraum, sondern auch Experimentier-, Kultur- und Freiraum. Was davon ist für eine lebendige Stadt besonders wichtig?

Der Ort an sich ist quasi eine realisierte soziale Utopie. Das Koch war ein Ort, wo viele Menschen selbstverwaltet und nicht-kommer-

ziell zusammenlebten, eigene Regeln erfinden und entwickelten. Im Koch entstand viel Neues, sozial, kulturell, ökonomisch, auch ökologisch. Das strahlt in die Stadt aus! Die Menschen, die dort leben und wirken, zeigen sich selbst und ihrem Umfeld, dass man auch anders leben kann. Auch wenn das Wort etwas steril klingt: Das Koch-Areal war ein Labor, und das ist extrem wertvoll für eine Stadt.

Die Genossenschaften, die auf die BesetzerInnen folgen, wollen auch unkommerziell und selbstverwaltet bauen.

Das zeigt doch genau den Wert einer Besetzung. Man kann sagen, dass die BesetzerInnen bewirkt haben, dass zumindest nicht-kommerzielle Projektentwickler zum Zug gekommen sind. Diese nehmen auch immer wieder Ideen und Konzepte auf, die in Squats entwickelt und getestet wurden – ich denke zum Beispiel ans Hallenwohnen, den Selbstausbau oder gemeinschaftsfördernde Architektur –, aber am Ende entsteht trotzdem nie die gleiche Art des Freiraums. Am liebsten hätte ich gesehen, wenn die Besetzung noch weiter bestanden hätte.

Freiräume gibt es aber auch sonst in Zürich, zum Beispiel in der Roten Fabrik, wo Sie früher gearbeitet haben und im Vorstand und in Arbeitsgruppen aktiv waren.

Abgesehen davon, dass in der Roten Fabrik nie gewohnt wurde, wurde das Areal auch immer von der Stadt mit-verwaltet – aller Autonomie zum Trotz. Die Mietverträge werden mit der Stadt abgeschlossen und die städtische Verwaltung hat einen garantierten Sitz im Vorstand. Die Fabrik war also nie vollständig unabhängig und immer auch ein bisschen etatistisch. Zu Beginn floss kein oder nur wenig Geld von der Stadt, doch spätestens mit der Volksabstimmung von 1987 änderte sich das, und man kann sagen, dass die Rote Fabrik zu einer etablierten Kulturinstitution geworden ist, die seither auch mehr Geld für Löhne und Kultur bekommt.

Wie sieht es mit den Zwischennutzungen aus: Können die Zentralwäscherei (ZW) oder der Park Platz die Lücke des Koch-Areals füllen?

Beide können in einem beschränkten Umfang Ersatzräume für das Koch-Areal werden. Tatsächlich muss man einem Besuch jeweils erklären, dass die ZW keine Besetzung ist, denn sie wirkt teilweise so. Letztlich ist in der ZW aber die Stadt für den Betrieb zuständig und bestimmt im Konfliktfall. Soweit ich weiss, wohnt auch niemand in der ZW. Zudem ist es vom Selbstverständnis her etwas anderes, ob man einen Raum selber erobert oder ob man diesen bekommt. Es macht einen Unterschied für das Gefühl, selber etwas verändern zu können. Die erfolgreiche Eigeninitiative stärkt den Glauben an die eigene Kraft und an eine mögliche Alternative zum System, das man ja infrage stellt. Als Entwurf für eine lebenswertere Gesellschaft ist es wesentlich, dass man sich den Ort selber aneignet.

«Als Entwurf für eine lebenswertere Gesellschaft ist es wesentlich, dass man sich den Ort selber aneignet.»

Die Raumbörse, die städtische Zwischennutzungsbehörde, welche auch die ZW und den Park Platz verwaltet, gilt auch als Anti-Besetzungseinheit. Sind Zwischennutzungen schuld, dass Zürich keine Grossbesetzung mehr hat?

Ich will nicht Besetzungen gegen Zwischennutzungen ausspielen. Abgesehen davon sind Besetzungen in aller Regel ja auch Zwischennutzungen. Ich glaube, dass beide ihre Rolle in der Stadt spielen können. Wenn aber organisierte, institutionalisierte Zwischennutzungs-Organisationen in der Absicht eingesetzt werden, Besetzungen zu verhindern, darf man schon fragen, warum Besetzungen überhaupt verhindert werden sollen. Vermutlich geht es um die Wahrung der staatlichen Kontrolle und darum, zeigen zu wollen, dass Freiräume auch staatlich organisiert möglich sind. Bei der ZW reduzierte das Vorgehen der Stadt die Wahrscheinlichkeit einer Besetzung. Nun ist es aber so wie es ist, und wenn es die Koch-Besetzung nicht mehr gibt, wird die Fokussierung auf die ZW zweifellos zunehmen.

Bei den staatlichen Zwischennutzungen ist die demokratische Legitimation höher als bei Besetzungen.

Wie gesagt, ich glaube, dass es Platz für beides hat, Besetzungen und auch institutionalisierte Zwischennutzungen. Es geht in beiden Fällen darum, den ansonsten brachliegenden Raum sinnvoll zu nutzen. In Zeiten absoluter Raumknappheit, sei es fürs Gewerbe, fürs Wohnen oder auch für die Gestaltung von Freizeit, kann beiden Varianten eine demokratische Legitimation zugutegehalten werden. Konfliktreich wird das Verhältnis erst dann, wenn es zu einer Konkurrenz um den gleichen Raum geht. Es ist gut, dass es Zwischennutzungen wie den Park Platz oder die ZW gibt, die als Räume öffentlich zugänglich sind und über eine gewisse Autonomie verfügen. Bei Besetzungen hingegen geht es neben der vollständigen Selbstverwaltung und der Freiheit von Konsumzwängen häufig aber auch um Wohnraum und die selbstbestimmte Form des Zusammenlebens.

Haben die Besetzungen den Boom von kommerziellen Zwischennutzungen wie jene der Firma Interim überhaupt erst ermöglicht?

Ich will nicht über die Firma Interim sprechen, da ich sie nicht kenne. Es geht auch nicht primär um den Aspekt der Kommerzialisierung von Zwischennutzungen, sondern darum, dass diese top-down organisiert, institutionalisiert und kontrolliert sind, privat oder staatlich. Jedenfalls nicht bottom-up, autonom und do-it-yourself. Aber sicher, zu einem guten Teil sind die organisierten Zwischennutzungen als Reaktion auf Besetzungen entstanden und auch, um diese zu verhindern.

In den vergangenen knapp zehn Jahren konnten rund 150 Menschen praktisch gratis auf dem Koch-Areal leben. Bald können dort 1000 Menschen wohnen. Es entsteht also deutlich mehr Wohnraum.

Ja, dank den BesetzerInnen wurde der Platz ideal genutzt, zum Wohnen, als Treffpunkt, als Werkstatt. Insofern hat man der Stadt dort auch viel gegeben. Nun folgt auf diesen ge- und belebten Freiraum verdichtetes Wohnen und Gewerbe, das durchaus auch seinen Wert hat. Es wäre einfach schön, wenn an einem anderen Ort wieder ein solcher Freiraum entstehen könnte.

Dann finden Sie es richtig, dass jetzt die Besetzung vorbei ist und mehr Menschen da wohnen können?

Das habe ich so nicht gesagt. Die Stadt hätte ja auch den Wert des Areals in der bestehenden Art der Nutzung anerkennen können und es bestehen lassen, denn in Freiräumen wie dem Koch-Areal werden Sachen ausprobiert, die für die ganze Gesellschaft relevant sind. Wir sprechen immer vom System Change. Aber wie soll das passieren, mit welchen Methoden und Modellen gelangen wir dorthin? Ir-



Dass Besetzungen im Kampf um bezahlbaren Wohnraum etwas bringen, ist für ihn klar: Alt-Stadtrat Richard Wolff (AL). Ladina Cavelti

gendwo muss der System Change doch anfangen, nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch. Es war richtig und wichtig, das Koch-Areal so zu nutzen und zu beleben, wie es jetzt zehn Jahre lang geschehen ist. Es reicht nicht, nur auf die Anzahl der neu entstehenden Wohnungen zu verweisen. Die Frage ist auch, was verloren geht. Was passiert mit den Menschen, den sozialen Netzen, der Solidarität, den Treffpunkten, die auf dem Koch-Areal entstanden sind?

Bringen Besetzungen etwas im Kampf um bezahlbaren Wohnraum?

Ja klar, sie unterstreichen die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum und es ist eine Form des Widerstands gegen die steigenden Mieten. Aktuell befinden wir uns in einer akuten Phase, wo man Menschen mit den sogenannten Ersatzneubauten ihre Wohnungen wegnimmt. Es trifft Tausende, die heute, morgen und in den kommenden Jahren ihr Zuhause verlieren und nicht wissen, wohin sie ziehen sollen. Es ist dramatisch, was im Moment abgeht. Durch die Verdichtung können zwar mehr Menschen in der Stadt leben, aber nicht mehr die gleichen wie zuvor.

Genau wie beim Koch-Areal. Wer vorher dort gewohnt hat, kann sich der Neubau danach nicht mehr leisten.

Ja, sie können es sich nicht leisten und sie wollen es auch nicht. Ihre Kritik am Ge-

samtsystem ist so tiefgreifend, da geht es nicht nur um die Höhe der Miete, sondern grundsätzlich um die Form des Zusammenlebens. Wo findet man noch Raum, wo man mit hundert anderen Menschen selbstbestimmt zusammenleben und die Regeln selber definieren kann?

Was bedeutet es nun für das Quartier, wenn die Besetzung weg ist und ein Neubau kommt?

Die Besetzung hatte Sympathien im Quartier, aber andere wiederum freuen sich, dass nun etwas ‚Ordentliches und Sauberes‘ kommt. Die Gentrifizierung des Quartiers wird durch die hier entstehenden Genossenschaftswohnungen nicht angeschoben, die läuft auch ohne dieses Projekt. Viel grösser ist die Lücke, der Verlust, welche das Koch-Areal als gesamtstädtisches Projekt hinterlässt.

«Die Gentrifizierung des Quartiers wird durch die Genossenschaftswohnungen nicht angeschoben. Viel grösser ist die Lücke, der Verlust, welche das Koch-Areal als gesamtstädtisches Projekt hinterlässt.»

Lebt eine Besetzung auch von der Endlichkeit?

Vielleicht, ja. Wäre der Ort ein anderer, wenn man denkt, er bleibt für immer? Wahrscheinlich hätte es einen Einfluss auf das Gefühl des Dort-Seins. Man würde vermutlich früher anfangen, langlebigere Bauten zu erstellen, vielleicht auch mehr zu formalisieren. Zumindest in der Schweiz wäre das ein interessantes Experiment. Weltweit und historisch gesehen gibt es aber zahllose Beispiele dafür, wie spontane Besetzungen legalisiert wurden.

Hohe Hürden? Mangelnder Wille?

Letzte Woche hat der Zürcher Stadtrat einen Bericht zum Thema Photovoltaik verabschiedet, der aus Sicht der Grünen «völlig unzureichend» ist, ja mehr noch: Sie werfen dem Stadtrat «Arbeitsverweigerung» vor. Was ist da los?

Nicole Soland

In der NZZ vom 9. Februar fand sich ein knackiger Titel: «Zürcher Stadtrat schießt links-grüne Solarpläne ab.» Laut der Stadtreue sei es «unmöglich, bis 2030 einen Photovoltaikanteil von 10 Prozent am städtischen Stromverbrauch zu erreichen», heisst es weiter. Das gehe aus einem Bericht hervor, den der Stadtrat am 8. Februar veröffentlicht habe. Bei diesem Bericht handelt es sich um die Antwort des Stadtrats auf eine dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP «betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen». Diese Motion, die das Parlament am 25. September 2019 überwiesen hatte, wollte der Stadtrat bereits früher abschreiben lassen, da unterdessen seine im September 2021 vorgestellte Photovoltaik-Strategie (PV-Strategie) verabschiedet worden war (siehe P.S. vom 24. September 2021). Das lehnte die Ratsmehrheit jedoch ab. Gemäss städtischer PV-Strategie wird eine «starke Beschleunigung» des PV-Zubaus angestrebt: Ziel ist eine Produktion von 120 Gigawattstunden (GWh) bis 2030. Die MotionärInnen hatten jedoch einen stärkeren Zubau gefordert: Bis 2030 sollten mindestens zehn Prozent des städtischen Strombedarfs mittels PV-Anlagen erzeugt werden. Dieser lag 2022 bei rund 3000 Gigawattstunden pro Jahr (GWh/a), die Rede ist somit von rund 300 GWh. Im aktuellen Bericht heisst es nun mit Verweis auf eine Studie, «dass die Solarstromproduktion von 300 GWh auf Stadtgebiet bis 2030 statistisch und theoretisch grundsätzlich möglich, in der praktischen Umsetzung jedoch sehr anspruchsvoll» sei, weshalb der Zeithorizont auf das Jahr 2040 erweitert werden soll.

In ihrer Medienmitteilung vom 10. Februar schreiben die Grünen der Stadt Zürich, der Bericht sei «völlig unzureichend» und missachte den Willen des Parlaments und der Bevölkerung: «Die Grünen werfen dem Stadtrat Arbeitsverweigerung vor.» Auf Anfrage präzisiert Grünen-Gemeinderat Dominik Waser, der Stadtrat argumentiere ja selbst mit einer Studie, die belege, «dass das von uns geforderte Ziel von 300 GWh möglich ist». Dass es schwierig zu erreichen sei, lässt er nicht gelten: «Wenn es schwierig ist, muss die Stadt halt kreativ werden und sich etwas einfallen lassen, um die Leute dazu zu bewegen, mehr PV-Anlagen zu bauen.»

«Die Stadt macht ihre Arbeit»

Den Vorwürfen der Grünen widerspricht der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, Stadtrat Michael Baumer. Die Stadt schöpfe ihren Handlungsspielraum aus: «Auf stadteigenen Bauten werden bei Umbauten standardmässig PV-Anlagen vorgesehen, und die Fördermöglichkeiten wurden soeben erhöht. 2022 konnte die PV-Produktion auf Stadtgebiet gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent erhöht werden. Die PV-Strategie sieht verschiedene Massnahmen vor, um einen schnellen PV-Zubau zu ermöglichen. Gewisse Massnahmen benötigen allerdings die Unterstützung von anderen Akteuren wie beispielsweise den Kanton bei der Steuerung durch Bauvorgaben.»

Von «Arbeitsverweigerung» könne keine Rede sein, im Gegenteil: «Auch wir wollen zehn Prozent der städtischen Energie aus der Solarproduktion erhalten. Wir haben uns intensiv mit dem möglichen Zubau befasst und vertiefte Studien dazu in Auftrag gegeben. Diese zeigen, dass wir mehr Zeit brauchen. Der PV-Zubau ist von verschiedenen Faktoren abhängig, und diese liegen mehrheitlich ausserhalb des Spielraums der Stadt Zürich. Hier müssen wir eine ehrliche Betrachtungsweise einnehmen.»

Die Stadt mache ihre Arbeit, betont Michael Baumer: «Wir unterstützen Eigentümerinnen und Eigentümer mit der Energieberatung umfassend beim Bau von PV-Anlagen. Gleichzeitig hat die Stadt die Förderung der PV-Anlagen auf Beginn dieses Jahres deutlich erhöht. Zudem bietet EWZ mit Contracting- oder Beteiligungsmodellen attraktive Angebote für die Photovoltaik.» Letztlich sei es aber der Entscheid der EigentümerInnen, ob sie eine Anlage bauten oder nicht. Auch mache es keinen Sinn, den PV-Zubau «auf Teufel komm raus ohne Rücksicht auf die Renovationszyklen der Dächer zu forcieren. Hier gingen viel graue Energie verloren.»

Wirklich nicht mehr möglich?

Die Liste der Schwierigkeiten, die der Stadtrat im Bericht auflistet, ist lang: Sie reicht von zu wenig Fachkräften über Lieferschwierigkeiten bis hin zur Notwendigkeit,

Sanierungszyklen einzuhalten. Fragt sich nur, wie unlösbar diese Probleme tatsächlich sind. Der Geschäftsleiter des Fachverbands Swissolar, David Stickelberger, ordnet ein: «Was den Fachkräftebedarf betrifft, ist das Jammern heute sehr viel leiser als noch vor ein paar Monaten.» Die Branche bewältige seit einiger Zeit ein grosses Wachstum und werde das auch in Zukunft schaffen. Es würden viel mehr Aus- und Weiterbildungskurse angeboten, und ab dem Schuljahr 2024/25 starteten die neue Attestlehre als SolarmonteurIn und die Ausbildung zur SolarinstallateurIn mit Fähigkeitszeugnis. Auch bezüglich Lieferschwierigkeiten sieht David Stickelberger bessere Zeiten kommen: «Die Panels sind zurzeit kein grosses Thema mehr, die Wechselrichter schon eher. Doch auch hier wird sich in nächster Zeit einiges bewegen.» Zudem machten Lieferschwierigkeiten nicht nur der Solarbranche zu schaffen, sondern dem ganzen Baubereich.

A propos bauen: Es sei keineswegs nötig, wegen einer Solaranlage das ganze Dach zu erneuern, betont David Stickelberger. Zu den Massnahmen, die bezüglich Energieeffizienz den grössten Nutzen im Verhältnis zu den Kosten brächten, gehörten die Isolation von Keller, Decken und Dach sowie die Fenstererneuerung, fügt er an: «Hat das Dach noch eine Lebensdauer von 20 Jahren, sind eine Isolation und die anschliessende Montage einer Photovoltaikanlage normalerweise energetisch wie wirtschaftlich empfehlenswert.»

Dass die Gemeinden in der Schweiz keine Solarpflicht auf Bestandesbauten einführen könnten, obwohl sie eigentlich mehr Befugnisse hätten als Kommunen in Deutschland, wo das möglich ist, findet er «schade». Immerhin berate die Umweltkommission des Nationalrats zurzeit eine Solarpflicht auf Bestandes-Industriebauten ab 300 m² Fläche, und in einigen Kantonen seien Bestrebungen für eine Solarpflicht auf allen Bestandesbauten in Gang.

Fazit: Wie hoch jemand die Hürden einschätzt, hängt offensichtlich auch beim Thema Photovoltaik davon ab, wie gross seine/ihre Lust – oder zumindest Bereitschaft – ist, diese Hürden auch tatsächlich zu nehmen.

«Dass die Gemeinden in der Schweiz keine Solarpflicht auf Bestandesbauten einführen können, ist schade.»

David Stickelberger,
Geschäftsleiter Swissolar

Mehr Restwasser für die Seeforellen

Der Aabach in Horgen, an dem die Gemeinde ein Kleinkraftwerk betreibt, soll wieder zu einem Laichgebiet und vielfältigeren Lebensraum für Seeforellen und andere Fischarten werden. Dank einem Seeforellenaufstieg und einer vom Kanton verfügten Erhöhung der Restwassermenge.

Arthur Schächli

Es ist ein beliebtes Naherholungsgebiet und gilt manchen Besuchern gar als Kraftort. Das wildromantische Horgner Aabachtobel zwischen der Autobahn A3 und dem Ortsteil Käpfnach. Nach Gewitterregen tost hier der Aabach manchmal als imposanter Wasserfall über eine Felsstufe. Meist aber führt das Kleingewässer nur spärlich Wasser und plätschert gemächlich dem Zürichsee entgegen. Und das hat einen besonderen Grund. Die Gemeinde nutzt die Wasserkraft des Bachs für die Elektrizitätsgewinnung. Eine bis auf zwei kurze Teilstücke unterirdische Druckleitung führt das Wasser auf einer Länge von 2,7 km vom künstlich gestauten und von der Autobahn überspannten Aabachweiher ins 120 Meter tiefergelegene Kleinkraftwerk Käpfnach. Dort, unweit vom See, produziert das Elektrizitätswerk Horgen jährlich eine Million Kilowattstunden Naturstrom für gegen 300 Haushalte, was knapp einem Prozent des Horgner Stromverbrauchs entspricht.

Fische aber tummeln sich im Aabach nur spärlich. Kein Wunder: Die im Oktober 1937 vom Regierungsrat im Hinblick auf die gut ein halbes Jahr später erfolgte Inbetriebnahme des Kleinkraftwerks vorgeschriebene Restwassermenge von gerade mal zwei Litern pro Sekunde (l/s) gilt bis heute. Entsprechend schmal, seicht und unattraktiv präsentiert sich die Wasserrinne und damit der für Fische und andere Wassertiere nutzbare Lebensraum. Für die Seeforelle, eine stark gefährdete Fischart, die für das Laichgeschäft auf Bäche angewiesen ist, endet der Aufstieg auch wegen Sohleverbauungen spätestens nach 500 Metern beim Käpfner Schützenhaus. Grössere laichbereite Exemplare stehen mitunter schon vor der Bahnlinie an.

Fischaufstieg und mehr Wasser

Jetzt wollen Gemeinde und Kanton Abhilfe schaffen und den Bach für den Fischaufstieg öffnen. Dabei geht es vor allem um Laichplätze zugunsten der Seeforelle. Bereits 2020 hat das Horgner Tiefbauamt ein Ingenieurbüro mit Vorstudien für entsprechende Massnahmen im Hinblick auf eine Konzessionserneuerung beauftragt. Vorgesehen ist die Erstellung einer fischgängigen, natürlichen Bachsohle im Bereich von Bahnlinie und Seestrasse mit einer Kostenbeteiligung der Ge-



Auch beim Aabach-Wasserfall soll mehr Wasser fließen. Arthur Schächli

meinde von 50 000 Franken, wie Horgens Ressortvorsteher Tiefbau, Energie und Umwelt, Markus Uhlmann (GLP), erklärt. Finanziert werde die Aufstiegshilfe hauptsächlich mit Geldern von Bund, Kanton und diversen Naturschutzverbänden. Vorgesehen ist zudem ein schonenderes Schwall-Sunk-Regime beim Kraftwerk. Gemeint ist damit das dort betriebsbedingte Anschwellen und Absenken des Wasserspiegels. Für Horgen als Energiestadt habe die erneuerbare Energie aus dem Aabach trotz relativ bescheidener Menge eine hohe Bedeutung, betont Werkvorstand Ueli Fröhlich (parteilos). Auch weil mit dem Wasserkraftwerk – anders als etwa bei Solaranlagen – praktisch das ganze Jahr über gleichmässig viel Strom erzeugt werden könne.

Dringenden Handlungsbedarf sieht man beim Kanton zudem bei der Restwassermenge. Zumal der Aabach mit seinem «über weite Strecken wenig beeinträchtigten bis naturnahen» Lauf sich ganz besonders als Laich- und Fischhabitat für die Seeforelle eignen würde und «zu den Seezuflüssen mit dem höchsten fischökologischen Potenzial» gehöre, wie Lukas Bammat, Co-Leiter der Fischerei- und Jagdverwaltung betont. Damit Seeforellen und andere Fische sich dort tatsächlich künftig wieder häufiger vermehren und passenden Lebensraum finden können, hat das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) die Gemeinde nun unter Berufung auf das Gewässerschutzgesetz zu einer Restwassermenge von

nunmehr 20 l/s verpflichtet. Fliesst künftig entsprechend mehr Wasser durchs Tobel statt auf die Turbine, liefert das Kleinkraftwerk 8,4 Prozent weniger Strom.

Eingehalten werden muss die höhere Abflussmenge spätestens ein halbes Jahr nachdem die entsprechende Verfügung, die beim Awel in Zürich noch bis zum 27. Februar öffentlich aufliegt, rechtswirksam geworden ist. Und gelten soll sie während einer Übergangszeit bis 31. Dezember 2030. Auf dieses Datum hat das Awel in der gleichen Verfügung die bislang unbefristete Konzession nunmehr befristet. Wobei das Werk bis Ende 2025 ein Gesuch für eine Konzessionserneuerung einreichen kann.

Kanton setzt Frist

Druck macht das Awel sodann für einen raschen Bau des Seeforellenaufstiegs. Erfolge dieser «nicht bis Ende 2024, ist die Restwasserabgabe in den Aabach per 1. Januar 2025 auf 30 l/s zu erhöhen». Horgen könnte für diesen Fall die Prüfung einer Entschädigung beantragen. Ursprünglich wollte das Awel die Restwassermenge auf 25 l/s anheben und die Konzession auf Ende 2026 befristet. Mit der weniger weit gehenden Regelung hat das Awel nun aber einem Gesuch der Betreiberin stattgegeben. Man wäre andernfalls nicht in der Lage, in jüngerer Vergangenheit getätigte Investitionen etwa in Stauanlage und Druckleitung inwert nützlicher Frist zu amortisieren, hatten die Gemeindewerke argumentiert.

Die Schweiz arrangiert sich mit Indigenen

Das Musée d'ethnographie de Genève hat Vertretern einer wichtigen indigenen Volksgruppe aus Kanada zwei heilige Objekte zurückerstattet. Der Anlass hat mit der unrühmlichen Vergangenheit zu tun. 2023 jährt sich zum hundertsten Mal der erfolglose Besuch eines Vertreters der Haudenosaunee beim Völkerbund in der Rhonestadt.

Willi Wottreng

Früher hätte man ihn ohne Zaudern Medizinmann genannt. Als ob wir seine Rolle in der Kultur der Indigenen so genau verstehen würden. Clayton Logan ist ein Hüter alten Wissens der Haudenosaunee, wie sie sich selber nennen. Er stammt aus der Six-Nations-Gruppe der Seneca und ist hergereist aus dem Gebiet seines Volkes in Kanada, im Westen von Toronto. Mit dem Westernhut und der kleinen Adlerfeder im Hutband, die ihn auszeichnet, spricht er monoton, mehr in sich hinein als zum Publikum. Vor ihm sitzen an diesem 7. Februar 2023 wohl hundertfünfzig Personen im Auditorium des Musée d'ethnographie de Genève und schweigen.

Logan preist die Mutter Erde. Er erweist dem Wasser die Ehre als Strom des Lebens. Er nennt «drei Schwestern» auf der Erde: Mais, Kürbis, Bohne. Er preist die Luft, die Bäume und erläutert ihre Hervorbringungen. Er wendet sich an Mond und Sterne.

Rückgabe heiliger Objekte

Dann folgt der Hauptakt. In zwei Kartonschachteln werden sie gebracht. Zwei Objekte, die seit fast zweihundert Jahren im Museum lagern und die bis vor Kurzem noch in den Vitrinen der Sammlung ausgestellt waren. Jetzt werden sie den Haudenosaunee zurückgegeben. Calvinistisch formlos. In festlichem Gewand und mit feierlichem Zeremoniell dagegen begehen die drei Delegierten der Six Nations die Übernahme der Schachteln. Der Inhalt wird nicht vorgezeigt, es sind heilige Objekte. Eine Maske und eine Rassel, die traditionell für medizinische Zwecke genutzt werden.

Ein Mitglied der Stadtregierung hat soeben formell erklärt, dass die Haudenosaunee rechtmässige Besitzer der beiden Objekte seien. 1825 hat sie ein Mitglied der Genfer Bourgeoisie dem Vorläufer des heutigen Museums geschenkt: Jules Pictet – genannt Pictet de Sergy –, ein Historiker, Politiker und damals Staatsrat. Der übrigens als Verantwortlicher der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft den Ankauf der Rütliwiese fürs Schweizervolk betrieben und verhandelt hatte. Man darf bezweifeln, dass er glücklich gewesen wä-

re, wenn ein Pfeil aus Tells Armbrust in einem Langhaus der «Rothäute», wie sie damals hiessen, aufbewahrt worden wäre. Woher er die Objekte hatte, kann das Museum noch nicht sagen. Man forsche noch. Denn zur Entkolonialisierung gehört, möglichst viel über die Entstehung der Kolonialisierung zu wissen.

Die «Urvölker» und «die höher Entwickelten»

Nun, man kann vermuten. In Genf gab es eine Tradition der Beschäftigung mit «Urvölkern». Im Geist dieses philanthropischen Kolonialismus schrieb etwa der Ethnologe und Naturwissenschaftler Henri-Alexandre Junod: «Wenn wir uns also zu diesen Primitiven hinunterbeugen, um ihre Vorstellung von der Welt und vom Leben zu entschlüsseln, scheint es, als würde unsere eigene alte Geschichte vor unseren Augen auftauchen. Einige Probleme unserer zivilisierten Seelen, die vergrösserte Töchter dieser primitiven Seelen sind, lassen sich erklären. Wir werden uns unserer selbst und der Geheimnisse unserer Evolution besser bewusst.» (Junod, Ba-Ronga, 1898)

Man sammelte Kulturobjekte dieser Völker, um etwas vom angeblich früheren Zustand der Menschheit zu erahnen. Und versuchte, deren «Kultur» zu erklären und zu schützen. Junod wurde leitendes Mitglied des «Bureau International pour la Défense des Indigènes» und empfing in dieser Eigenschaft vor genau hundert Jahren zum ersten Mal einen Vertreter der Six Nations in der Schweiz: Deskaheh – der Name ist ein Ehrentitel, mit bürgerlichem Namen hiess er Levi General – kam Ende August 1923 nach Genf. Er wollte vorsprechen beim Völkerbund, der neu gegründeten Vernetzung der Nationen: Dieser solle die Unabhängigkeit der Six Nations vom sich immer machtvoller herausbildenden staatlichen Gebilde namens Kanada anerkennen. Die Indigenen beriefen sich auf alte Verträge mit Grossbritannien, dem einstigen Mutterland Kanadas, die ihre Autonomie garantiert hatten.

Ein indigener Diplomat

Deskaheh, sein Anwalt und seine Freunde und Freundinnen organisierten eine öffent-

liche Kampagne zur Unterstützung dieses Anliegen. Viele, namentlich auch Frauen, sympathisierten mit dem Anliegen der Indigenen. Von der grossen Politik dagegen wurde Deskaheh abgelehnt. Während Monaten weibelte der indigene Diplomat unermüdlich, hielt Vorträge in der ganzen Schweiz. Ein Dokument im Archiv der ETH berichtet vom Auftritt Deskahehs im Schwurgerichtssaal der Stadt Zürich am 19. Oktober 1923. «Er erscheint also im Indianerkostüm, das macht natürlich schon an und für sich eine grosse Attraction!», schrieb der berühmte Geologe Prof. Arnold Heim im Brief an einen Freund: «Er spricht ein ungebildetes Englisch, aber mit klarer und lauter Sprache, so dass man ihn bis zuhinterst versteht, und ganz frei, wie es ihm aus dem Herzen kommt – ein hochintelligenter Mensch.» Der Saal ist zum Bersten voll, so dass der Raum noch ein zweites Mal reserviert werden muss. Frau Bodmer-von Muralt, die im Publikum sitzt, eine Verwandte des berühmten Malers von Indigenen Karl Bodmer, spendet 200 Franken für die Kampagne.

Im «Indianerkostüm» also tourt Deskaheh durch die Schweiz. Ein Foto aus privatem Familienbesitz zeigt es. Da sitzt ein Mann mit mächtiger Federhaube in einer bürgerlichen Stube, umgeben von Personen aus der Gastgeberfamilie und Bekannten. Deskaheh logiert bei der Unternehmerfamilie Haug, deren Familienalbum mich vor Jahren schon auf das Thema gebracht hatte. Doch das ist nicht das traditionelle Outfit der Haudenosaunee. Es wirkt wie ein Kostüm aus der Unterhaltungsindustrie jener Zeit. Tatsächlich scheinen die Indigenen sich genau überlegt zu haben, wie ihr Delegierter den Staatschefs und womöglich sogar gekrönten Häuptern gegenüberzutreten habe. Mit der traditionellen Haube ihrer Völker macht man wenig Staat. Es muss mächtiger aussehen, einer Krone ähnlicher.

Bittgang von Tür zu Tür

Obwohl zeitweise schwer erkältet, kämpft Deskaheh mit höchstem Pflichtbewusstsein. Schreibt Briefe, diktiert einer Helferin Texte in die Maschine, die sie dann übersetzt. Trotz aller Unterstützung wird Deska-

heh vom Völkerbund nicht einmal empfangen. Er darf den Saal nicht betreten. Kann nicht vor der Versammlung reden. Muss sich mit der Versendung eines Manifestes an die Delegationen begnügen; der «Appell der Rothäute» erklärt eindringlich die Ursache des Konfliktes mit Kanada und begründet die alten Rechte der Indigenen.

Auf Anregung des Genfer Indigenenbüros kontaktiert Deskaheh selbst den Schweizer Bundesrat. Bundespräsident Karl Scheurer notiert in seinem Tagebuch am 12. November 1923 von oben herab: «Ein Indianer kommt, Häuptling der Sioux-Nation.» – eine Verwechslung wie Schweiz und Schweden – «Er wird beim Völkerbund gegen die englische und kanadische Regierung vorstellig, die eine alte Vereinbarung nicht halten wollen. Die Leute werden auch modern.» Also: Heutzutage treten «Indianer» nicht mehr nur im Zirkus, sondern im Bundeshaus auf.

Aber der Bundesrat handelt auch nicht. In zunehmender Verzweiflung plant Deskaheh, nach Italien zu reisen und den Papst zu besuchen. Er hat auch an den italienischen Ministerpräsidenten «Sig. Mussolini» geschrieben, wie aus seinen Briefen hervorgeht, die in grosser Zahl in Rochester im Norden des US-Bundesstaates New York lagern. Dahin sollte Deskaheh zurückkehren; die kanadischen Behörden liessen ihn nicht mehr ins Land. Ich durfte diese Briefe studieren, als ich ein Buch über Deskahehs Mission schrieb. («Ein Irokese am Genfersee», Bilgerverlag 2016, Unionsverlag 2018). Es entstand die einzige Darstellung von Deskahehs Mission aus Schweizer Sicht.

Nach langen 16 Monaten in der Schweiz reist Deskaheh, ausgelaugt, erfolglos, krank zurück in seine Heimat. Wo er bald danach, am 27. Juni 1925, starb. Den Überlieferungen nach mit dem Gesicht gegen Kanada gerichtet.

Feiern zum 100-Jahr-Jubiläum

2023 jährt sich Deskahehs Ankunft in Genf zum hundertsten Mal. Nun findet eine ganze Perlenkette von Gedächtnisanlässen zur Erinnerung an diese historische Mission statt. Nach der Rückgabe von Maske und Rassel und der Pflanzung eines Friedensbaums folgen eine Ausstellung, eine Konferenz, ein Marsch durch die Stadt. Denn der antikononialistische Diskurs hat mittlerweile Politik und Öffentlichkeit erreicht.

Brennen Ferguson aus der Gruppe der Tuscarora, eines der drei Delegationsmitglieder im Musée d'ethnographie, erzählt, wie traurig ihm geworden sei, als er die Maske zum ersten Mal in ihrer Vitrine gefangen gesehen habe. Von nun an aber werde sie mit den notwendigen Zeremonien für die Rückkehr bereitgemacht, damit sie wieder ihren Zweck erfülle. Einer dieser Zeremonien darf das Publikum beiwohnen. Die Delegierten entzünden ein Feuer in einer Schale. Clayton Logan,



Deskaheh im «Indianerkostüm» im Haus der Unternehmerfamilie Haug in Zürich. Foto: Aus dem

Familienalbum der Haugs.

der alte Hüter der Traditionen, spricht Worte in seiner Sprache, während er Tabak ins Feuer wirft, um es zu nähren. So würden die Worte vom Feuer aufgenommen und mit dem Rauch weiterverbreitet, hat er erklärt. Als Dank für die Restitution übergibt die Delegation zwei traditionell geflochtene und bekleidete Maispuppen ans Museum.

Hüter der Biodiversität

Das sind zwar symbolische Handlungen. Doch solche können Konsequenzen haben. Denn die Indigenen wollen nicht nur in ihrer kulturellen Autonomie respektiert werden. Sie wollen die Gesellschaft und die Umwelt mitgestalten.

Im Dezember 2022 endete in Montreal, Kanada, eine Konferenz über Biodiversität, die «Cop 15». Sie verabschiedete eine Resolution, die einen neuen Ton anschlägt. Der Text verpflichtet die Regierungen, bis 2030 fast einen Drittel der Erde in natürlichem Zustand zu erhalten. Indigene Völker werden im Dokument 18 Mal erwähnt, wenn es um die Zielvorgaben geht, die biologische Vielfalt zu erhalten und wiederherzustellen. Erwähnt werden wissenschaftliche Studien, die zeigen, dass indigene Völker die besten Hüter der Natur seien. Die Formulierung des Textes ist eindeutig, wie etwa die Zeitschrift «Guardian» rühmt. «Von Indigenen geleitete Naturschutzmodelle müssen in diesem Jahrzehnt zur Norm werden, wenn wir wirklich etwas für die biologische Vielfalt tun wollen.»

Auch das sind erst Versprechen. Aber sie sichern in die Praxis ein. Nachdem in den letzten Jahren eine Reihe erbitterter Kämpfe um Pipelines stattgefunden hatte, bei denen die Gemeinschaften der First Nations scheinbar ohnmächtig gegen Grossunternehmen antraten, unterzeichneten Indigene vor Kurzem

eine beispiellose Vereinbarung. Die «Tobacco Plains Indian Band» (Eigenbezeichnung: Ya'qit'a-knuq'xi 'it), eine Gruppe im Südosten von British Columbia, konnte dem Bergbauunternehmen NWP Coal Canada ein Zugeständnis abringen, das der indigenen Führung ein Veto gegen geplante Projekte einräumt und damit die Souveränität der Indigenen über ihr Territorium deutlich verstärkt. Weitere derartige Projekte sind in Vorbereitung.

Der Planet, das ist heute vielen klar, braucht eine andere Ausrichtung im Naturschutz. «Wir achten alle Wesen gleich wie den Menschen, die kleinsten, die mittelgrossen und die grössten», sagte sinn gemäss Clayton Logan, der Hüter der Traditionen der Six Nations in Genf. Indigene sind uns da um Jahrhunderte voraus.

BUCH UND VERANSTALTUNGEN

Willi Wottreng: Ein Irokese am Genfersee. Eine wahre Geschichte. Bilgerverlag 2016, Unionsverlag 2018.

Öffentliche Jubiläumsanlässe 2023 in Genf:

21. Juli, Marsch von der UNO zum Palais Wilson als Empfang durch die Genfer Bevölkerung.

Im Juli: Ausstellung entlang des Sees vor dem Palais Wilson mit Bildtafeln zur Geschichte von Deskaheh und der Haudenosaunee.

Mitte Juli (genaues Datum unbestimmt): Begleitveranstaltung zu Deskaheh während der Tagung des UNO-Expertenmechanismus für die Rechte indigener Völker (EMRIP).

Medienkritiker aus dem Proletariat

16 turbulente Jahre vertrat Daniel Römer als Präsident der Vereinigung für kritische Mediennutzung «Arbus» die Interessen von MedienkonsumentInnen. Jetzt ist für den Radioliebhaber Schluss. Tim Haag hat mit ihm über die proletarischen Ursprünge des Vereins, die Abschaltung des Landessenders Beromünster und den Siegeszug des Internets gesprochen.

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte ein neues Massenmedium zum Höhenflug an: Das Radio. Die ersten Radioempfangsgeräte waren jedoch für weite Bevölkerungskreise unerschwinglich. Dem schuf eine Vereinigung von ArbeiterInnen aus Zürich, Basel, Winterthur, St. Gallen und Rorschach Abhilfe, indem sie die Empfänger kurzerhand selber zusammenbaute – der Arbeiter-Radiobund war geboren. Vornehmlich von RadiobastlerInnen gegründet, war für die Arbus-Mitglieder von Anfang an klar, dass die Organisation sich nicht nur um die technische Seite des Radios zu kümmern hatte, sondern auch um das Programm: So stellte man in den späten 1930er-Jahren besorgt fest, dass vermehrt auch in der Schweiz Sendungen aus Hitlerdeutschland gehört wurden und forderte von der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft im «Kampf gegen Propagandagift» mehr volkstümliche Radioprogramme, aber auch mehr Nachrichten.

Und was macht der Arbus eigentlich heute?

Daniel Römer: Heute konzentrieren wir uns nicht mehr nur auf das Radio, sondern lassen uns über alle Medien aus. In den letzten Jahren haben wir uns darauf fokussiert, an den Vernehmlassungen des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom) mitzuarbeiten, oder wir haben bei Gesetzesänderungen die Position der Konsumentinnen und Konsumenten vertreten, zum Beispiel bei der anstehenden Umstellung von UKW zu DAB. Und unsere zweite Kernaufgabe ist, KonsumentInnen im stetig unübersichtlicher werdenden Medienschwung Orientierung zu bieten und kritisch zu beleuchten, was in diesem Dschungel passiert.

Alles in allem klingt das so, als würde man beim Arbus heute kleinere Brötchen backen als früher.

Zugegebenermassen: Unsere Vorgänger waren einiges einflussreicher und aktiver, als wir es heute sind. Das ist einerseits mangelnden Ressourcen geschuldet, andererseits liegt es daran, dass meine KollegInnen im Vorstand und ich wohl zu sehr auf das Radio eingeschossen sind. Uns hat die Übermacht der neuen Medien, die sich in den letzten 20 Jahren etabliert haben, schlichtweg überfordert.

Nicht freundlich gesinnt

Auch dem Fernsehen, dessen Versuchsbetrieb in der Schweiz in den 1950er-Jahren mit Radiokonzessionsgeldern finanziert wur-



Daniel Römer mit Arbus-Hausblatt. Tim Haag

de, war der Arbus anfangs nicht freundlich gesinnt: «Kein Radiofranken für das Fernsehen», lautete der Kampfspruch, mit dem sich der Verband erfolgreich gegen einen ersten Radio- und Fernsehverfassungsartikel wehrte. Man war sich sicher: Radiogelder fürs Fernsehen, dieses Freizeitvergnügen für Reiche, bedeuteten eine Schwächung des Radios, des Massenmediums der Arbeiterschaft. Der Fernsehboom übertraf die pessimistischen Erwartungen des Arbus aber bei Weitem, und bald gab es aus dem Einnahmenüberschuss Fernsehfranken fürs Radio – nicht umgekehrt.

Nach 16 Jahren geben Sie ihr Amt als Arbus-Präsident ab. Welche Entwicklungen haben Sie in dieser Zeit am meisten geprägt?

Am Anfang meiner Präsi-Zeit war das die Abschaltung des Landessenders Beromünster. Dieser Turm hatte aufgrund seiner wichtigen Rolle während des Zweiten Weltkriegs eine grosse Bedeutung für uns Radioenthusiasten. Als er Ende 2008 abgeschaltet wurde, war das für mich kein leichter Moment. Viel aktueller ist aber die Entwicklung, dass das Internet mittlerweile nicht mehr aus unseren Köpfen oder Hosentaschen wegzudenken ist. Es ist unglaublich schnell zum Hauptmedium der Gesellschaft geworden.

Was halten Sie davon?

Ich finde das Internet super. Der Einfluss, den das Internet auf andere Medien haben kann, stört mich aber zum Teil sehr. Das Radioprogramm beispielsweise, sei es beim Deutschlandfunk oder der SRG, besteht bald nur noch aus einer Aneinanderreihung von Podcasts. Eine weitere, für uns als Arbus störende Verände-

rung der letzten Jahre ist, dass nach und nach Redaktionen zusammengelegt werden. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass es bei der SRG weiterhin eine Trennung zwischen Radio- und Fernsehredaktion gibt und dass in Zukunft nicht nur noch ein SRG-Einheitsbrei auf allen Kanälen zu empfangen ist.

Propagandainstrument?

Im Lauf der Jahre fanden die Vertreter der Arbeiterschaft einen besseren Zugang zu den SRG-Organen: So produzierte beispielsweise das Studio Bern in Zusammenarbeit mit dem Arbus eine Radiosendung zum 1. Mai, in der die gewerkschaftlichen Redner an der Maifeier zu hören waren – sehr zum Missfallen der Bürgerlichen: «Radio Beromünster – ein sozialdemokratisches Propagandainstrument?», titelte daraufhin eine bürgerliche Zeitung. Infolge der Kritik drohte die SRG-Führung in Sachen 1.-Mai-Berichterstattung zurückzukreben – dank einer Intervention des Arbus blieb die Sendung aber im Programm.

Wo muss der Radiobund in Zukunft intervenieren?

Schon ziemlich bald werden wir uns mit der – unserer Meinung nach unsäglichen – 200-Franken-sind-genug-Initiative befassen müssen. Diese Initiative hat einzig zum Ziel, die SRG zu schwächen, und deshalb müssen wir sie so laut wie möglich bekämpfen. Spannend ist hier die Frage, wie wir den neuen Medienminister Albert Röstli bei der SRG-Frage begleiten können.

Wieso braucht es überhaupt eine starke SRG?

Um diese Frage zu beantworten, muss man sich bloss die Fernseh- und Radiosender aus Ländern anschauen, in denen es keine gebührenfinanzierten Angebote gibt. Die Medien dort sind meiner Meinung nach schlichtweg unbrauchbar.

Sie suchen momentan eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger – welche Anforderungen haben Sie an die neue Präsidentin, den neuen Präsidenten?

Der neue Präsident oder die neue Präsidentin muss mindestens eine Generation jünger sein als ich und im Gegensatz zu mir und dem Rest des Vorstands schon mit dem Internet aufgewachsen sein. Er oder sie soll aber auch wissen, dass es neben der jungen Generation noch immer uns Ältere gibt, die einen anderen Umgang mit Medien haben.

Die Neue



Rebecca Slotowski verhandelt die Schwierigkeit der Selbstverortung als Freundin eines getrennt lebenden Vaters.

Zu Beginn ist das Begehren grenzenlos. Jede Minute des Getrenntseins eine Qual. Doch wer weiss, wie respektive ob sich aus einer Affäre etwas Festes entwickelt, dass es lohnt, die Schutzsphäre der Heimlichkeit zu verlassen? In «Les enfants des autres» gelangen Rachel (Virginie Efira) und Ali (Roschdy Zem) recht rasch an den Punkt, an dem das gemeinsame (Er-)Leben über einzelne gestohlene Stunden hinaus stattfinden soll. Der verschiedene soziale und religiöse Hintergrund der beiden wird erwähnt, aber nicht als für den Verlauf entscheidend dargestellt. Zuerst kümmert die beiden das Wohlergehen und das Erlangen einer Akzeptanz ihrer Verbindung von Alis Tochter Leila (Callie Ferreira-Goncalves).

Ein Kind ins Herz zu schliessen, ist nicht schwer. Gegenüber der Aussenwelt zu bestehen und die vernunftfreien und dennoch hochsteigenden Gefühle einer Eifersucht gegenüber der immer noch starken emotionalen Bande zur Mutter und Exfrau Alis Alice (Chiara Mastroianni) nicht die Oberhand gewinnen zu lassen, sind nur zwei der offensichtlichsten Schwierigkeitsgrade, die Rebecca Slotowski (Regie und Drehbuch) verhandelt. Rachels kleine Schwester, die darüber spöttelt, sie könne ja jetzt ihre bereits laut tickende Uhr ignorieren, ein Kind wäre ja jetzt da, zeigt den schmalen Grat, auf dem sich Aussenreaktionen bewegen: Nur ein schlechter Witz oder doch eine boshafte Beleidigung, weil Rachels Pendel bezüglich dieses sogenannten inniglichsten Wunsches noch immer nicht klar ausgeschlagen hat?

Für Rachel wird das Zusammenleben zusehends zum Eiertanz: Nicht zu forsch und fordernd auftreten, das eigene emotionale Gleichgewicht deswegen aber auch nicht als scheinbar inexistent verleugnen. Für sie gilt es, eine fortwährend lauende, imaginäre Prüfung zu bestehen, die Vorurteile entkräftet, Vertrauen im Sauseschritt gewinnt und sich auch noch als lebenswert anfühlt. froh.

«Les enfants des autres» spielt im (Lunch-)Kino Le Paris.

Mafiös



In den turbulenten Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion hatte er noch etwas zu sagen, dann wurde er redlich.

Arbeit, die etwas einbringt, gibt es nur im Ausland. Für den einträglichen Schmuggel haben Offizielle die Zuständigkeiten untereinander aufgeteilt. Als Leonid (Oleksandr Yatsentyuk) nach einer undefiniert langen Zeit aus Polen zu seiner Familie ins Grenzland zwischen Ukraine und Rumänien zurückkehrt, scheint die Reaktion im Dorf zweigeteilt. Alle seine Nächsten quellen über vor Glück, alle heute Mächtigen fürchten sich vor ihm. Denn Leonid ist körperlich viel grösser und stärker als alle. Er will sein Fortkommen aber nicht mehr darauf abstützen, zu viel ist in der Vergangenheit deswegen in die Brüche gegangen. Und vor allem will er, dass sein Sohn Nazar (Stanislav Potyak) seinen klugen Kopf weiter schult, damit er einst über eine bessere Ausgangslage verfügt. Aber der Junge hat Pech. Er wollte nur etwas zündeln, damit der Vater beim bevorstehenden Winteraustreiben noch hier sein würde, fackelte aber gleich die ganze Kirche ab. Leonid findet sich finanziell mehreren Problemen gegenüberstehend wieder: Es fehlt das Geld, um das Haus endlich fertig zu bauen. Es fehlt das Geld, um der Kirche den Schaden zu ersetzen. Und es fehlt das Geld, um Nazar zur Uni schicken zu können. Also will er, ein einziges Mal nur noch, den Schmuggelweg bestreiten. Die Kontakte hat er alle noch von früher. Der Akt klappt reibungslos. Aber der Dorfchef, Obergrenzbeamte und Bandenboss Herr Orest (Ihor Damianiuk) hat was dagegen, dass ihm jemand dreinfunkt. Er hetzt seinen schärfsten Hund mit all seinen Lakaien auf Leonid und zur Steigerung der Konsequenz auf die gesamte Familie. «Pamfir» spielt in einer leicht für eine Idylle zu haltenden, bäurischen Welt, in der die Personen über einen extrem pragmatischen Humor zu verfügen scheinen. Je verengender sich die Möglichkeiten für Leonid aber darstellen, desto deutlicher wird, dass Humor die komplett falsche Kategorie dafür ist. Es geht allein ums Überleben. froh.

«Pamfir» spielt im Kino RiffRaff.

Am Abgrund



Die vorerst klar erscheinende Verortbarkeit von Gut und Böse gerät mit jeder weiteren Filmminute mehr ins Wanken.

Stühle fliegen, Vasen zerdeppern, Schreie gellen. Erst dann blendet Ursula Meier den Titel ein – «La ligne» – und beginnt das Erzählen. Margaret (Stéphanie Blanchoud) hat ihre Emotionen nicht im Griff, sie wird schnell handgreiflich. Ihre Mutter Christina (Valeria Bruni Tedeschi) hat sie verklagt. Das Rayonverbot ist bereits ausgesprochen, während die eigentliche Verhandlung noch aussteht. Die Nachzüglerin Marion (Elli Spagnolo) malt einen Grenzstrich rund ums Haus, damit offensichtlich wird, bis wohin sich Margaret bewegen darf. Es ist Adventszeit. Die zweite Schwester Louise (India Hair) steht kurz vor ihrer Entbindung, und Margaret will Marion helfen, ihren Gesangsauftritt souverän hinzubekommen. Einfach abhauen ist also auch nicht. Ursula Meier entwickelt nicht nur absurd schöne Bilder für ein absolutes Verlorensein, sondern reichert diese mit einer zaghaft, aber immer deutlicher werdenden Erzählung über die Hintergründe und Zusammenhänge zu einem Gesamtbild einer immensen Leere an. Mutter Christina, grad mal wieder mit dem zigten jungen Lover vor den Augen aller körperlich nahezu exhibitionistisch zu Werke, ist angetrieben von Selbstmitleid, was sich in emotionaler Erpressung gegenüber ihren Kindern äussert. Oder auch in knallhart ausgesprochener Schuldzuweisung. Eine Dramaqueen ist ein Lämmchen dagegen. «La ligne» bleibt gekonnt in der Schwebe bezüglich einer definitiven Zuschreibung der Figuren, was einen Fächer von Fragestellungen öffnet, der weit über die Dualität von Ja und Nein hinausreicht. Wer genau hat hier einen Knacks, wie geht die Person genau damit um und inwiefern sind die geäusserten Vorhaltungen oder die übertrieben erscheinenden Massnahmen für eine Selbstdurchsetzung nachvollziehbar oder begründet? Ursula Meier zeigt eine Familie am Ende ihres Lateins, was den Umgang miteinander betrifft, aber auch einem Zugang zu alternativen Entwürfen im Weg steht. froh.

«La ligne» spielt im Kino Movie.

Niederkaufungen und andere alternative Orte

Samstag, 18. Februar

8.30 SWR: «**Rechtsterrorismus in Deutschland.**» Von der Nachkriegszeit bis heute. Rainer Volk über ein lange unterschätztes Problem.



11.00 DLF: «**Polens Frauen.**» Von Mutter-Mythen und Machtkämpfen. Ernst-Ludwig von Aster und Anja Schrum in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Der hohe Alkoholkonsum junger Frauen sei Schuld an der niedrigen Geburtenrate, hatte PiS-Chef Kaczyński vor ein paar Monaten erklärt. Schon seit Jahren will die Regierung ihr konservatives Familienbild durchsetzen, in dem die Frau als Mutter der Fixstern von Heim und Familie ist, Hüterin von Moral und christlichen Werten. Opferbereit bis zur Selbstaufgabe, eine «Matka Polka» eben, «Mutter Polen». Doch die Frauen nehmen das alles nicht mehr widerspruchslos hin. Für seine Äußerungen zum Alkoholkonsum junger Frauen ertönte Kaczyński einen Proteststurm... SRF wiederholt «Musik für einen Gast» mit Günther Vogt, Landschaftsarchitekt. Er gestaltete unter anderem die Masoala-Halle im Zürcher Zoo.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Roman Dubasevych, Kulturwissenschaftler. «Sirenen des Krieges» heisst das Buch, mit dem der aus Lviv stammende Professor für ukrainische Kulturwissenschaft in Greifswald bereits 2019 vor einer Zerstörung der Ukraine warnte. «Indem er die Notwendigkeit militärischer Gegenwehr in Frage stellte, Versäumnisse der politischen und kulturellen Eliten in der Ukraine benannte und nichtmilitärische Optionen der Konfliktlösung anmahnte, wurde er zum Dissidenten des Mainstreams.» Nun blicke er bald ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffs auf einen «Krieg inszenierter Traumata».

19.00 SWR: «**Lange Schatten.**» Radio-Tatort-Krimi von Madeleine Giese. Hauptkommissar Paquet von der Saarlouiser Mordkommission wird zum 25. Dienstjubiläum nicht nur mit Crémant und Kuchen überrascht, sondern auch mit einem Fall aus seinem ersten Jahr.

20.00 SRF 2: «**Äthersachen.**» Heute sind im Hörspielmagazin fünf «max15»-Produktionen von den ARD-Hörspieltagen in Karlsruhe zu hören. Die für den Wettbewerb eingereichten Stücke der freien Szene dürfen nicht länger als 15 Minuten sein. Sonst gibt

es keinerlei Vorgaben... Parallel beim DLF: «**r_crusoe™**» von wittmann/zeitblom, eine 2021 produzierte «posthumane» Robinsonade «nach dem Aussterben der Menschheit», wenn Hochleistungsrechner G.A.I.A. das Programm **r_crusoe™** aktiviert. Seine selbst auferlegte Mission: Wiederbesiedlung des Planeten.

21.00 SRF 2: «**Der Computer träumt.**» Künstliche Intelligenz in der Neuen Musik. Leonie Reineke präsentiert Beispiele und Meinungen dazu.

22.00 DLF: «**Poesie der Brüchigkeit.**» Kammermusik von Jonah Haven. Präsentiert im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur in der Jazztime: «Kenn-Ton des modernen Jazzorchesters.» Stan Kenton und die Erneuerung der Big Band. Und nach 23 Uhr folgt hier bis sonntags um 6 Uhr früh: «Korridore.» Mystery-Horror-Serie nach einer Idee von Moritz Haase und Lars Henriks. Polizistin Zoe soll Patrick finden. Die einzige Spur ist sein Handy... Eine «suizidale Kaffeemaschine» wird als das wohl Harmloseste dieser langen Nacht erwähnt.

23.00 DLF: «**Vom Glück und Unglück des Teilens.**» Die Lange Nacht der Gemeinschaften. Gestaltet von Robert B. Fishman und Claudia Mützelfeldt. «System Change, not Climate Change» – Systemwandel statt Klimawandel, fordert die Bewegung für Klimagerechtigkeit. Einige haben schon lange angefangen: Sie teilen Einkommen, Vermögen, Autos, Land, Wohnraum, Waschmaschinen und mehr. So verringern die freiwilligen Lebens-, Werte- und Wirtschaftsgemeinschaften – oft pauschal Kommunen genannt – ihren Rohstoff- und Energieverbrauch um bis zu zwei Drittel. Vor nun 40 Jahren kauften zum Beispiel eine Handvoll Idealistinnen und Idealisten einen alten Bauernhof, um so eine Kommune zu gründen. Motto: «Jeder gibt, was er kann und jeder bekommt, was er braucht.» Und der Versuch gelang. Er «blüht und gedeiht wie viele weitere überall auf der Welt», wird in der Vorschau positiv Bilanz gezogen.

Sonntag, 19. Februar

8.30 SWR: «**Als der Menschenaffe laufen lernte.**» Science Talk mit der Paläontologin Madeline Böhme. Durch den aufrechten Gang änderte sich in Urzeiten für Homo sapiens fast alles: Er erschloss sich eine neue Lebenswelt in der Savanne, er hatte die Hände frei für Werkzeuge und Waffen... Parallel dazu bei SRF 2: «Ikonen auf Munitionskisten.» So trotz ein ukrainisches Künstlerpaar dem Krieg. Dorothee Adrian über die Arbeit von Sonia Atlantova und Olexander Klymenko, welche für sie beide auch «etwas Therapie-

tisches» habe und ein Versuch sei, «dem Tod das Leben entgegenzusetzen». Denn die Ikonen stehen für Auferstehung, und der Erlös aus dem Verkauf kommt Projekten in der Ukraine zugute, die Kriegs-betroffenen helfen «und so auch ganz praktisch Leben spenden».

9.30 DLF: «**Wladoff Putler?**» Was Putins Regime mit Faschismus und Stalinismus gemein hat. Essay von Claus Leggewie. Die Frage nach dem Charakter Wladimir Putins und die häufige Gleichsetzung mit Hitler lenke ab von der relevanten Frage, welche Parallelen sein Regime mit dem Faschismus oder dem Stalinismus aufweist, steht in der Vorschau, und was das für die Zeit nach Putin bedeutet. Es geht «um Merkmale und Dynamiken eines Herrschaftsregimes».

11.00 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Der Erfolgsautor als Lumpensammler: «Das glückliche Geheimnis» von Arno Geiger.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Daniela Krien, Schriftstellerin in Leipzig. Also aus einem Milieu, «das im westdeutschen Kultur- und Medienbetrieb gern überhört und übertönt wird».

14.00 SWR: «**Herz über Kreuz.**» Ein Coming-Out in der Freikirche. Feature von Monika Kursawe.

15.00 SRF 2: «**Die Wand der Tränen.**» Passage-Reportage von Rita Schwarzer. Seit fünf Jahren steht in Montgomery das «Mahnmal für Frieden und Gerechtigkeit». Es ist die erste nationale Gedenkstätte für schwarze Opfer weissen Terrors in den USA. Samt einem Museum erinnert es an den Lynchmord an Tausenden nach dem Ende des Bürgerkrieges.

18.20 SWR: «**Meerkatzer.**» Oder: Der Kran übers Haus. Ein schriftstellerisches Sehnsuchts Hörspiel von Bettie I. Alfred.

20.00 DLF: «**Natur an Autorin – Autorin an Natur.**» #Strandgänge. Feature von Elke Heinemann.

23.00 SWR: «**Ob man in den Krieg ziehen soll?**» Überlegungen eines Feiglings. Essay von Kyrilo Tkachenko. Er lebt in Kiew und stellt sich als Historiker eine Frage, mit der in der Ukraine jetzt viele Tausende konfrontiert sind: In den Krieg ziehen? Er handle die Frage aus einer subjektiven Perspektive. «Gleichzeitig versucht er in dem Text zu erklären, warum sich die Menschen in der Ukraine dafür entschieden haben, nicht kampflös aufzugeben.»

Montag, 20. Februar

8.30 SWR: «**Wem nutzt die Welt-polizei?**» Thomas Kruchem fragt

nach, wie Interpol Verbrecher jagt. 15.00 SWR: «**Der Überfall.**» Erzwungener Neuanfang. Beginn einer Reportage-Reihe von Christiane Seiler. Uschhorod liegt im Westen der Ukraine, in den Karpaten, weit weg von der Kriegsfront im Osten. Aber auch hier ertönt fast täglich der Luftalarm. Tausende sind seit dem 24. Februar 2022 hierher geflohen... Bis zum 20. März wird jeden Montag um diese Zeit aus dieser Stadt berichtet.

15.30 SWR: «**Die leuchtende Republik.**» Roman von Andrés Barba. Start einer Lesung in zwölf Folgen. San Cristóbal, alles geht seinen gewohnt tragen Gang – bis zu dem Tag, an dem zweieunddreissig wildfremde Kinder in der Provinzstadt auftauchen. Niemand weiss, woher sie kommen, niemand spricht ihre Sprache...

Dienstag, 21. Februar

15.00 SWR: «**Die letzten Tage der Sophie Scholl.**» Was sie erlebt hat, wer ihr beigestanden hat, wie sie hingerichtet wurde. Gabriele Finger-Hoffmann über sechs Tage vor achtzig Jahren.



19.15 DLF: «**Und am Donnerstag war dann Krieg.**» Russlands Angriff auf die Ukraine. Feature von Inga Lizengevic. Erinnert wird an die Zeit unmittelbar vor dem Einmarsch sowie die ersten Kriegstage – aus persönlicher Perspektive, dem nächsten Umfeld.

20.00 DLF: «**Versuch über die kasachische Steppe.**» Lieder aus Stalins Lagern. Hörstück von Oleg Jurjew und Olga Martynova. Es ist mittlerweile mehr als ein halbes Jahrhundert her, doch die Erinnerungen des inzwischen verstorbenen Grossvaters zeugen noch von den Schrecken, und in der Lektüre des Enkels erwecken sie zu neuem Leben.

Mi, 22. Februar

8.30 SWR: «**Sophie Scholl und die Weisse Rose.**» Pia Fruth zum 80. Todestag einer verzweifelten jungen Frau.

15.00 SWR: «**Einmal Insel ohne Zurück.**» Margrit Braszus über das Auswandern in ein neues Leben. Zypern!?

20.00 SRF 1: «**Mundart mal anders.**» Spasspartout mit Riklin&Schaub & Frölein Da Capo.

Parallel bei SRF 2 Kultur: «Musik unserer Zeit.» Florian Hauser porträtiert Alfons Karl Zwicker – Komponist, Pianist, Maler, Veranstalter, Diktaturenforscher, «St. Galler Multitalent.»

21.00 DLF: «**Seelenwärmer.**» Der Komponist und Chansonier Rainer Bielfeldt.

Do, 23. Februar

8.30 SWR: «**Schreiben im Ausnahmezustand.**» Clemens Hoffmann über Literatur in der Ukraine.

15.00 SWR: «**Das tschetschenische Akkordeon.**» Karmen Frankl berichtet über eine Odyssee.

20.00 SRF 2: «**Dona nobis pacem.**» Ein Requiem im Zeichen des Krieges. Benjamin Britzens War Requiem.

Freitag, 24. Februar

8.30 SWR: «**Russland und die Ukraine.**» David Beck und Pascal Siggelkow über die lange Geschichte eines Krieges.

10.00 DLF: «**Angst, Betroffenheit und Friedenssehnsucht.**» Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine.

15.00 SWR: «**Mord im Tiergarten.**» Russlands Staatsterror in Berlin. Feature von Thomas Franke und Silvia Stöber.

19.15 DLF: «**Wen dürfen wir essen?**» In der vierten Folge der Serie von Jakob Schmidt und Jannis Funk: Versteckte Kosten.

20.00 DLF: «**Karpaten Blues.**» Eine Spurensuche von Janko Hanushevsky. Reprise einer Produktion aus dem Jahre 2011 – zu gegebenem Anlass. Denn damals reiste der Autor mit seinen Eltern in die Westukraine, in das Land, in dem sein Grossvater und sein Urgrossvater geboren wurden. Immer mehr erfährt er über die Geschichte seiner Familie, die geprägt ist von Religion, Patriotismus, Vertreibung und Exil: Wo er auch hinkommt, singen die Menschen alte ukrainische Volkslieder... Und bei SRF 2 geht es in der «Passage» um drei «geflüchtete MusikerInnen in der europäischen Diaspora». Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr!

22.00 SWR: «**19. Politischer Aschermittwoch.**» Mitschnitte aus Berlin.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Zudem sind die meisten Sendungen im Podcast-Angebot.

Sterbeliteratur



Corina Caduff stellt als Herausgeberin Ausschnitte aus neun Büchern vor, die AutorInnen im Wissen um eine tödliche Krankheit schrieben und die mit Ausnahme von Ruth Schweikert auch daran verstarben. Sie befassten sich in diesen letzten Büchern mit ihrer Krankheit und ihrem Sterben. Es gibt eine Einschränkung, die die Herausgeberin, die zugleich die Beiträge in einen allgemeinen Zusammenhang mit dem Sterbevorgang im 21. Jahrhundert bringt, etwas wenig hervorhebt. Alle Neun erkrankten an Krebs und erhielten die Diagnose in einem recht späten Zeitpunkt ihrer Erkrankung. Die Diagnose Krebs war bei ihnen praktisch bereits ein Todesurteil. Das entsprach auch zu ihrer Zeit (die meisten starben um 2016 herum) nicht mehr dem Stand der Medizin: Krebs ist in vielen Fällen heute kein zwingendes Todesurteil mehr. Kann es aber immer noch sein und hat zudem oft einen Verlauf, der mit kurzfristigen Besserungen verbunden ist. Nicht nur Christoph Schlingensief konnte nach einem Spitalaufenthalt nochmals auf eine Lesereise, in der er aus seinem «Tagebuch einer Krebserkrankung» vorlesen und darüber diskutieren konnte.

Die kurzfristigen Besserungen basierten meist auf Behandlungen, die Folgen haben, oder wie es Christopher Hitchens in «Endlich mein Sterben» ausdrückte: «Der Kuhhandel in der Onkologie besteht darin, dass man sich für die Aussicht auf ein paar weitere nützliche Jahre bereiterklärt, sich der Chemotherapie zu unterziehen und später der Bestrahlung oder vielleicht sogar einem chirurgischen Eingriff. Das ist also die Wette: Sie bleiben noch ein bisschen hier, aber dafür brauchen wir das eine oder das andere von ihnen. Das mag ihre Geschmacksknospen einschliessen, ihre Konzentration, ihre Fähigkeit zur Verdauung und das Haar auf dem Kopf.» Mit Ausnahme von Julie Vip-Williams, die vor allem für ihre drei noch kleinen Kinder weiterleben wollte, bedeutete «nützliche Jahre» (oder auch nur Monate) vor allem die Möglichkeit, sich schreibend mit der Krankheit, mit der Wut darüber und der

Angst davor noch auseinanderzusetzen.

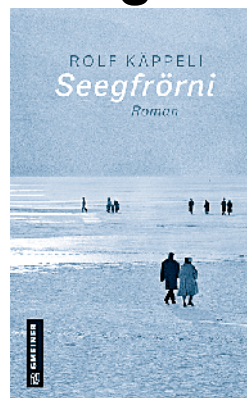
Die meisten von ihnen dachten an Suizid, sehr explizit Christoph Schlingensief. Aber sie verwarfen es, die meisten überlegten sich, auf Palliativmedizin zu beschränken, zogen die Umsetzung indes meist in die Länge; auch weil es immer wieder zumindest kurze Phasen gab, in denen es wieder besser ging und sie auf ein paar Monate oder gar Jahre mit erträglichen Einschränkungen hofften. Ausser beim Arzt Paul Kalanithi, der nach der ersten Behandlung nochmals ein Jahr als Chirurg arbeiten konnte, dauerte die Besserung kurze Zeit und nahmen die Beschwerden zu und die Kraft ab. Die abnehmende Kraft war auch ein Grund gegen einen Suizid. Die Therapie – auch die palliative – verschlang mit der Zeit so viel Energie, dass für anderes fast nichts mehr übrigblieb.

Mit Ausnahme des jesuitischen Theologen Michael Paul Gallagher war niemand mit einer Kirche oder Religion verbunden. Julie Vip-Williams war von einem Weiterleben überzeugt, die andern beschäftigte dies weniger, auch wenn sie Angst vor dem Sterben hatten. Gemeinsam war allen die zunehmende Einsamkeit, sei es, dass sie sich zurückzogen oder dass viele sie mieden oder sich so ungeschickt benahmten, dass es die Einsamkeit verstärkte, oder wie es Christoph Schlingensief mit einem Bild erklärt: «Irgendwann sind wir dann gemeinsam Pizza essen gegangen. Auch das war eigentlich sehr schön, aber auf dem Weg zum Lokal kam plötzlich der Gedanke hoch, dass es vorbei ist (...) Dass ich mit meinen Leuten vielleicht nie mehr unbeschwert Pläne schmieden und Spass haben kann.» Ganz abgesehen davon, dass mit zunehmender Krankheit der Raum für den Kranken rein physisch immer kleiner wird, die Zeiten mit Schmerzen immer länger werden und der Moment des unwiderrufflichen Abschieds immer näher kommt. Dagegen sind die zur Veröffentlichung geschriebenen Tagebücher ein Mittel: Man kann hoffen, in ihnen ein bisschen weiter zu leben.

Corina Caduff betont in ihrer Einführung die teilweise Unfähigkeit der MedizinerInnen und des gesamten Gesundheitswesens, auf die Bedürfnisse der Todkranken einzugehen, Gespräche auf Augenhöhe zu führen und die PatientInnen nicht einfach als Objekte zu betrachten. Anhand der konkreten Tagebücher, respektive der Auszüge, lässt sich dies aber ausser bei Christoph Schlingensief kaum belegen. Für mich ist es ein Buch, das neun Krankheitsverläufe mit Sterben detailliert und ungeschminkt schildert, das nachdenklich macht, aber für allgemeine Aussagen zum Sterben zu speziell ist. kl.

Corina Caduff (Hg.): **Ein letztes Buch**. Verlag rüffer & rub 2023, 285 Seiten, 35.90 Franken.

Seegfrörni



Sie fand auf dem Zürichsee das letzte Mal vor ziemlich genau 60 Jahren statt und war damals ein grosses Ereignis. Auch für die chemische Fabrik in Rustikon, in der Realität natürlich Uetikon. Der Roman beginnt wie ein Krimi. Der Fabrikgärtner betäubte seine Frau und seine beiden schulpflichtigen Kinder und tötete sie durch das Öffnen der Halsschlagader. Anschliessend brachte er sich selber um. Die Notiz in den Zeitungen verbreitet sich im Nu, und wir lernen dabei an den Reaktionen Angehörige des Dorfes und der Fabrik kennen. Die Fabrikantenfamilie Kräutli spielt nicht nur in der Fabrik eine dominierende Rolle, sondern auch in der Gemeinde. Vor allem der alte Patriarch Wilhelm sitzt in sehr vielen Kommissionen, um die Interessen der Fabrik wahrzunehmen, in der Schule vor allem aus Interesse. Von den Gewerkschaften in der Fabrik als direkte Partner will er nichts wissen. Das hindert allerdings Erika, die Frau des Sohnes von Wilhelm, Karl, nicht daran, sich mit der Frau des Gewerkschaftssekretärs zu befreunden. Erika ist keineswegs eine Sozialistin, sie geniesst ihren Wohlstand durchaus, aber sie verkehrt gerne mit den anderen Frauen ohne Standesdünkel.

Das Buch schildert in Episoden die Entwicklung von Fabrik und Gemeinde von 1945 bis 1977. Die Fabrik verliert mit der Zeit etwas von ihrer absoluten Dominanz. Zuerst setzt sich ein Weinbauer gegen die Chemiegase recht erfolgreich zur Wehr, was diese zu teuren Filtern und umweltschonenderer Fabrikation zwingt. Auf dem Rebland entstehen Wohnungen für die Mittelschicht aus dem nahen Zürich. Innerhalb der Fabrik kommt es zur zweiten Ablösung. Karl Kräutli wird gegen seinen Willen durch ein moderneres Management ersetzt, er widmet sich dem Naturschutz.

Der Roman ist mit 200 Seiten für die Absicht, die Geschichte einer Fabrik samt ihrer Gemeinde und ihren BewohnerInnen im Laufe von 30 Jahren in Episoden zu schildern, zu kurz geraten. Die einzelnen Personen und ihre Beziehungen zueinander erhalten zu wenig Raum, um an ihnen wirklich Anteilnahme zu nehmen. Für alte EinwohnerInnen der oberen Goldküste dürfte dies etwas anders sein, da sie vieles aus ihrer Dorfgeschichte erkennen werden. kl.

Rolf Käppeli: **Seegfrörni**. Gmeiner Verlag 2023, 203 Seiten, 35.90 Franken.

Selbstermächtigung

Das Maxim Theater verhandelt mit sechs Vogelparabeln aus «Bookpink» von Caren Jess diverse Teilbereiche oder Ebenen, in denen die Selbstermächtigung durch Ausseneinwirkung behindert wird.



Heidi Ahrens

Thierry Frochoux

Zwei lebend in einer Vitrine ausgestellte Flamingos sind ihres Schicksals leid, sich stets auf Befehl tanzend zu drehen, wenn es nur jemandem in den Sinn kommt, am entsprechenden Knopf zu drehen. Sie proben die Revolution. Eine weisse Taube fühlt sich per se erhaben und frotzelt über die Geschehnisse während einer Sommersaison auf einem Campingplatz, bis sie die (Menschen-)Leere im Winter daran ermahnt, so ganz allein sei ein Dasein auch nicht erstrebenswert. Ein Bussard steckt in einem Betonbau fest, den er mit einem leuchtenden Kokon der Vernunft teilt. Dieser verursacht durch die allgemeine Zuschreibung an dessen Orakelfähigkeit einen regen Besucherstrom. Die Rettung, soviel wird klar, obliegt in jedem Fall der Anstrengung durch das Individuum. Eine Pute liebt den Glanz und lässt sich ihren Stall mit Halbedelsteinen verkleiden. Die ArbeiterInnen Huhn und Hahn leiden unter den Langzeitfolgen des giftigen Abriebs auf ihren Körper. Ein Pfau, seines unpraktischen aber der Evolution offenbar dienlichen Federkleides zum Trotz Drecksfau genannt, wird sowohl symbolhaft wie erzählerisch mit Schmutz und Unrat beworfen, wo doch sein einziges Begehren darin bestünde, selbstbestimmt über seinen wei-

teren Lebensverlauf entscheiden zu dürfen. Ein Spatz frotzelt und provoziert ihn bis über die Schmerzgrenze hinaus, doch der eigentliche Hemmschuh für ein individuelles Fortkommen sind gesellschaftliche Normen. Eine Meise ging auf Reisen, wollte das grünere Gras ennet der unüberwindbar erscheinenden Grenze sehen und wird von den Zurückgebliebenen als Heldin gefeiert, als wagemutige Vorreiterin geachtet, aber auch als viel zu hoch und riskant pokern geschmäht. Nicht bei jeder der Parabeln aus «Bookpink» ist gleichermaßen leicht auf Antrieb zu erkennen, worauf sie letztlich anspielt und dies hat nur marginal mit der akustisch oder sprachlich teils schwierigen Verständlichkeit zu tun. Insgesamt jedoch ist es sternenklar, dass sich hier sämtliche Tiere nach einem Leben nach ihrer Fassung sehnen und dass die Hürden, die sich zwischen ihrem Dasein und ihrem Wunsch in die Höhe bäumen, kaum je objektiv als gerechtfertigt oder gar fair erkennen lassen. Insgesamt, auch von der Ausstattung her, ist «Bookpink» hingegen leicht als eine Fantasie respektive Sehnsucht erkennbar, in der sich das exotischste Getier und das gemeinste Wesen wiederum sehr ähneln, ergo gleichen.

«Bookpink», 10.2., Zentralwäscherei, Zürich. Nächstmals: 3. – 5.3., Maxim Theater, Zürich.

Aufbegehren

In einer raffinierten Interaktion zwischen Video und Livespiel behandelt «Depois de silêncio» die Geschichte der Anläufe gegen die Ausbeutung von SklavInnen und Indigene durch Grossgrundbesitzer in Brasilien.



Christophe Reynaud De Lage

Thierry Frochoux

Ein Grossgrundbesitzer kann in Brasilien seit der Kolonisierung leicht die Fläche der Schweiz übertreffen, nur um mal die Grössenordnung klarzustellen. Wer darauf arbeitet, tut dies ohne Landrecht, ohne Lohn und ist nicht dazu berechtigt, sich ein Haus zu bauen. Christine Jatahys Bühnenadaption von Itamar Vieira Júniors Roman «Die Stimme meiner Schwester» holt historisch so weit aus, weil das Unrecht schon so lange anhält. Zwei rebellische Anführer, die für eine gewerkschaftliche Organisation gegen die Übermacht der Herrschenden und für die Befreiung der ehemaligen SklavInnen und der indigenen Personen vom Joch der Unterdrückung eintraten – der reale João Pedro Teixeira (1918 – 1962) und ein symbolhafter (?) Severo dos Santos – haben ihren Einsatz für Gerechtigkeit mit ihrem Leben bezahlt. Die physisch auf der Bühne anwesenden Personen stellen sich in den Dienst der trauernd zurückbleibenden direkten Verwandten von Letzterem und erzählen aus dieser emotional nahbaren Perspektive, welche Vielzahl von Folgen die Ignoranz der Herrschenden auf ihr Leben zeitigt. Zu Beginn ist das Namedropping etwas verwirrend ausgedehnt, weil sich zu den Lebenden auch noch die Geister der Ahnen gesellen und Episoden hinzukommen, die in

ihrer poetischen Ausformulierung die hiesige Vorstellungskraft auf die Probe stellen. Vergleichbares betrifft auch die Feiern. Insgesamt wird aber sehr wohl verständlich, weshalb die Personen auf der Bühne so wütend sind und auch weshalb sie den Umweg über die Kunst suchen, um ihre Anliegen zu unterstreichen. Denn vor Ort, das bezeugt die Geschichte, droht zu aufwieglerischem Rebellen-tum der Strick. Oder eine Kugel. Der zeitgleiche Versuch, neben den Gründen für die Selbstermächtigung und die Notwendigkeit einer ernstzunehmenden Anhörung inklusive dem Ziehen eines Schlusses respektive einer Konsequenz auch noch mit einer Vermittlung der traditionellen Feiern, des Ahnenglaubens und der Geisterverehrung (des Waldes bspw.) in einem Aufguss verständlich präsentieren zu wollen, übersteigt womöglich die gemeine Auffassungsgabe. Reicht indes vollends dafür aus, zu erkennen, wie verschieden die sogenannten Maximen für ein Verhalten der verschiedenen geprägten Völker sind. Was ja schon als für einen ersten Schritt genutzt werden könnte, sich eingehender mit dem Wertekanon des Gegenübers wenigstens einmal tief und gründlich auseinandersetzen zu wollen.

«Depois de silêncio (Nach der Stille)», 9.2., Box, Schauspielhaus, Zürich.

Bestrebung nach Klarheit

Für eine umfassende Retrospektive verfügt die Kunsthalle «natürlich nicht» über ausreichend Mittel, aber die aktuelle Präsentation eines Stückwerkes von Ibrahim El-Salahis Kunst (*1930) ist ausreichend inspirierend, um sich eines unterkomplexen Wissens gewahr zu werden.

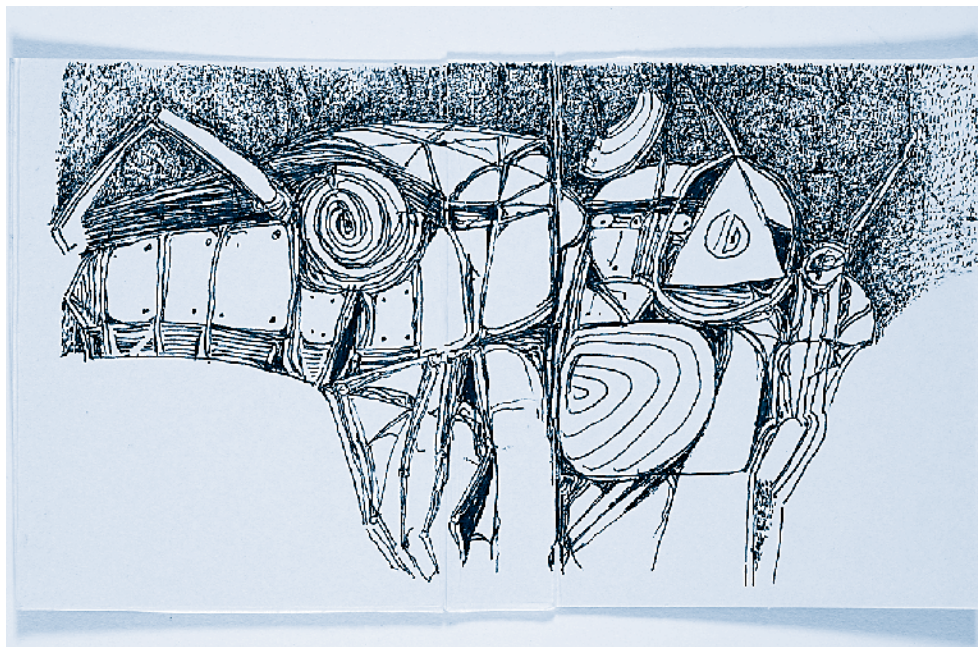
Thierry Frochoux

Eine Mauer. Grün gestrichen zwar, aber eben doch eine Mauer, steht quer im Saal der Aufstockung der Kunsthalle Zürich. Daran fein säuberlich angebracht 89 gerahmte «Pain Relief Drawings». Kugelschreiber- und Tuschezeichnungen auf Innenseiten von Medikamentenverpackungen oder Restleerflächen von offiziellen Schreiben. Längst nicht alle sind restlos entschlüsselbar, aber der eigenen Intuition vertrauend sind die allermeisten dennoch ausreichend selbsterklärend. An einer Seitenwand befindet sich ungewöhnlich viel, aber gut lesbar präsentierter Text über das Leben und Werk El-Salahis, ein kurzes Fernsehinterview und Kataloge aus dem National Museum for African Art in Washington D.C. komplettieren die Basis für eine lohnende Auseinandersetzung.

Zwischen den Kulturen

Ibrahim El-Salahi wurde 1930 als Sohn eines Sufi-Gelehrten in Omdurman, der Nachbarstadt von Khartoum im Sudan geboren, wo er Kalligrafie und Bildende Kunst studierte, bevor er mit einem Stipendium Kunst in London studierte. 1957 kehrte er nach Khartoum zurück, um an der Kunstschule mit dem klaren Fokus auf die Wahrung und Fortentwicklung der Tradition zu unterrichten. Er bereiste Nord- und Südamerika, war Delegierter bei mehreren wichtigen panafrikanischen Kulturfestivals in Westafrika, übernahm die Stelle als Kulturattaché in London und wurde zuletzt zum Direktor für Kultur der sudanesischen Regierung ernannt. 1975 wurde er überraschend und ohne Gerichtsverfahren für über ein halbes Jahr inhaftiert, wo er weder Papier noch Stifte ausgehändigt bekam. Nach der Entlassung lebte er zwei Jahre unter Hausarrest, bevor er für zwanzig Jahre nach Katar übersiedelte, wo er in leitender Funktion für den Emir tätig war, um sich schliesslich in Oxford niederzulassen.

In seiner Kunst ist die Suche, der Wunsch nach Ausdruck in einer vehementen Dringlichkeit erkennbar. Im Sudan zwischen islamischem, konkret arabischem Einfluss und afrikanischen Traditionen taumelnd, wurde ihm während des Studiums in Grossbritannien damals sogenannt entscheidende An- und Einsichten über Kunst gelehrt. Dieses Wissen erst mal im Kopf, musste er sich



Ibrahim El-Salahis Zeichnungen gleichen einer Abenteuerreise in einen anderen Blickwinkel.

Ibrahim El-Salahi: «Pain Relief Drawing», (2016–18), Courtesy of the Artist and Vigo Gallery.

nach der Rückkehr in den Sudan dieser (sapp ausgedrückt) eurozentrischen Borniertheit erst mal wieder entledigen, um seine Suche nach dem sogenannten Wahren in der Kunst fortsetzen zu können. Unter seiner Ägide entstand in Khartoum eine sich der Modernisierung des traditionellen Kunstverständnisses verpflichtende Schule, was wiederum GegnerInnen auf den Plan rief. Richtig oder falsch sind bekanntlich keine Gradmesser innerhalb der Künste. Aber das Zurechtfinden auf der Basis eines unübersichtlichen Wurzelgeflechts der Herkunft von Einflüssen ist als Drang nachfühlbar. Ebenso der damit einhergehende annähernd unüberwindbare Zweifel eines Ungenügens. Völlig unabhängig davon, ob ein Markterfolg erzielt wird oder nicht.

Kunst zum Überleben

Seit 2016 plagen ihn Rückenschmerzen, und zudem wurde Parkinson bei ihm diagnostiziert, weshalb grösserflächige Arbeiten kaum mehr in Betracht kommen. Die Verwendung von Medikamentenverpackungen für seine Instantkunst kann auch in einer Relation dazu gelesen werden, dass er im Gefängnis trotz Verbotes an Papier und Stifte gelangte, diese aber aus Furcht vor Konzessionen im Sand vergraben und dort zurücklassen musste. Genauso wie die weiterfüh-

rende Beschäftigung mit Kunst trotz grosser Schmerzen und körperlichen Einschränkungen symbolhaft deutliche Züge davon trägt, dass Kunst hilft, das Überleben zu meistern. Genauso wie sie, anders herum gelesen, die letztlich alleinig ausreichende Begründung für ein Leben, ja dessen Rettung, Sinn, Erlösung vom Profanen darstellt. Hierin ist er wieder alles andere als modern, wie beispielsweise urzeitliche Kunstfunde belegen. Kunst als Bedürfnis. Und als Mittel des Ausdrucks wiewohl der Infragestellung – des Individuellen, des Gesamtgesellschaftlichen, des Sinnhaften, des Grenzüberwindenden. Womit wir wieder bei der Mauer wären, die hier zwar sperrig im Weg steht, aber symbolhaft dafür steht, dass sie (nicht nur in den Köpfen) letztlich allein dem einen Zweck dient, überwunden werden zu wollen. Die hier ausgestellten Miniaturzeichnungen stellen dieses ganze Universum als ein in sich zusammenhängendes Regelwerk dar, worüber der menschliche Geist immerzu bestrebt ist, Klarheit zu erlangen. Eine logischerweise nicht abschliessend befriedigende, dafür aber mannigfaltig anregende Abenteuerreise in einen anderen Blickwinkel.

Ibrahim El-Salahi: «Pain Relief Drawings», bis 14.5., Kunsthalle, Zürich.

Lob dem Verbot



Einer muss es ja mal tun. Warum nicht ich. Nachdem inmitten der angenehmen Kämpfe dieses Wahljahrs der Neoliberalismus wieder sein schon unangenehm verwesenes Haupt erhebt und ächzt, «Eigenver-

antwortung und Anreize, mehr Freiheit statt Verbote», was viele inhaltsleere Wörtli sind, die auch in einer Reihe keinen Sinn ergeben, muss man mal was klarstellen: Mehr Verbote wären gut für uns alle und würden unsere Gesellschaft entscheidend voranbringen. Im Einzelnen:

Wie Philipp Lepenies in seinem lesenswerten Büchlein über «Verbot und Verzicht» nachweist, hat der Neoliberalismus auch bei den Linken gesiegt: Indem er es geschafft hat, das Narrativ in unseren Köpfen und Seelen zu verankern, dass staatliche Verbote quasi widernatürlich oder satanisch, auf jeden Fall unfreiheitlich seien. «Verbot» ist definitiv negativ konnotiert, mit dem Wort kann man Kinder und WählerInnen erschrecken. Währenddem kein Mensch meckert, wenn ihn Google, Elon Musk oder ein anderer soziopathischer Milliardär nach

Belieben gängelt, sind staatliche Verbote das scheinbar Schlimmste, was einem passieren kann. Höchste Zeit zu beweisen, dass das blühender Quatsch ist. Als dann:

1. Verbote sind demokratisch. Wenn Sie ernsthaft glauben, der Staat könne einfach so ein Verbot verhängen, haben Sie den Staatskundeunterricht aber gewaltig geschwänzt. Öffentliches Recht ist immer an eine demokratische Legitimation gebunden: Jedes Verbot muss von einer Mehrheit abgesegnet werden. Das nennt man Rechtsstaat. Der Staat muss eine Gesetzesgrundlage haben, wenn er handelt. 2. Verbote sind effektiv, da sie für alle gelten. Anreize tun das nicht, sie können von reichen Säcken mühelos übersteuert werden. 3. Verbote sind damit auch maximal gerecht. Punkt. Anreize schaffen immer Ungleichheit. Punkt. 4. Damit ist auch klar: Verbote geben Rechtssicherheit. Kein anderes Mittel kann das. Das wusste schon Gott mit seinen zehn Geboten. 5. Verbote sind effizient, weil deren Umsetzung einfach ist. Meist haben wir bereits die dafür nötige Infrastruktur. 6. Daraus folgend: Verbote sind billig. Es braucht keine Bürokratie, keine komplizierten Mechanismen. Ein Gesetz, ein paar Tafeln – und hopp! 7. Verbote bewirken Routine. Routine ist gut, sie entlastet uns, man muss kein Studium absolvieren, um

den Alltag zu bewältigen. 8. Verbote senken dadurch die kognitiven Kosten, wir müssen nicht andauernd sinnieren, was wir tun sollen. Der Kopf wird frei.

Soweit so überzeugend. Aber nun werden Sie vielleicht einwenden, zu viele Verbote täten unsere Freiheit einschränken. Ich weiss ja nicht, wo Sie das wieder her haben, wohl aus dem neoliberalen Giftschränk, aber es ist ideologischer Gugus. Verbote haben die Kraft zum Gegenteil: Ein Autoverbot in der Innenstadt gibt allen anderen VerkehrsteilnehmerInnen mehr Freiheit. Ein Rauchverbot lässt alle AsthmatikerInnen aufschnaufen. Ein Flugverbot könnte schon einen ansehnlichen Teil des Klimas retten. Ein Verbot, seine Kinder windelweich zu prügeln, ... ok, Sie habens begriffen. Alles eine Frage der Perspektive. Des Interesses. Also alles eine politische Frage.

Umso mehr sollten Sie sich von der neoliberalen Staatsverachtung verabschieden. Die modernen Herausforderungen, das sehen immer mehr PolitikerInnen von rechts bis links ein, können nur mit Verboten oder Geboten gemeistert werden. Eigenverantwortung und Anreiz funktionieren ganz einfach nicht (ausser natürlich als Ausreden). Werdet erwachsen.

Markus Kunz

Reklame

ps.
p.

ICH BESTELLE

Probeabo 5 Wochen kostenlos

Jahresabo für 230 Franken

Gönnerabo ab 300 Franken

Abo für Menschen mit wenig Geld (100.–)

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich, aboservice@pszeitung.ch